

www.kpoe-steiermark.at

Steirische Volksstimme



Ausgabe 04, Mai 2007 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPÖ**

Glücksspiel: Tausende Existenzen ruiniert

Auch Nicht-Glücksspielerinnen und -spielern ist die heuschreckenartige Vermehrung von Spielhöhlen und Wettcafés in der Steiermark aufgefallen. Gerade Menschen, denen es ohnehin nicht gut geht, hoffen auf das große Glück und verzocken ihr letztes Geld. Die KPÖ macht mit Ihrer Hilfe mobil. Seite 2/3

KINDERGARTEN:

**Fortschritt zu Lasten
der Kinder** S. 6/7

SCHLACHTFELD ARBEITSPLATZ:

**Problemzone
Böhlerwerk?** S. 11

22. BIS 24. MAI:

**Studierende
wählen** S. 17



Im Frühling blühen auch die Eisenbahnfreunde wieder auf: Der Eisenbahn Museums- und Nostalgieclub Knittelfeld lädt zum Internationalen „Andampfen“ auf der 5 Zoll Gartenbahn von Do, 17. bis So, 20. Mai 2007 mit umfangreichem Rahmenprogramm (nähere Infos: 0676/5440795), die KPÖ veranstaltet am 22. Juni 2007 im Kulturbahnhof Mürzzuschlag ein Symposium zum Thema Südbahn (siehe auch Seite 21).

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

Zum Weinen

In der Steiermark gibt es schon bald mehr Spielhöhlen als Kindergärten.



UNTERSCHRIFTENAKTION GEGEN DAS WUCHERENDE GLÜCKSSPIELWESEN STARTET

Der Traum vom schnellen Geld wird

DISKUSSION

Am 24. Mai geht es heiß her zum Thema Glücksspiel.

Um 19 Uhr findet in den Räumlichkeiten des KPÖ Bildungsvereins im Grazer Volkshaus, Lagergasse 98a die Diskussion

„Das Geschäft mit dem Glücksspiel“

statt.

Wer sind die Profiteure?

Welche Auswege gibt es für Betroffene? Nach Antworten suchen

Ernest Kaltenegger (KPÖ-Klubobmann),

Felix Ehrenhöfer (Jurist),

Andreas Neuhold (Drogenberatungsstelle Steiermark).

Moderation: Martin Link (Kleine Zeitung).

Existenzen werden zerstört, immer jüngere Menschen verspielen ihr letztes Geld in Wettcafés oder im Internet. Während die klassischen Lotto- und Totospiele der österreichischen Lotterien dramatische Umsatzeinbußen verzeichnen, schießen Wettcafés und Glücksspiele privater Betreiber wie Schwammerl aus dem Boden. Die KPÖ versucht die Profitmacherei mit dem Traum vom schnellen Geld mit einer Unterschriftenaktion einzudämmen. Helfen Sie mit!

Alles ist möglich“, „Gewinnausschüttung von 92 Prozent“, „Topp, die Wette gilt“ – echt verlockend sind Angebote und Werbesprüche rund ums Glücksspiel. Viele erliegen dem Charme der Möglichkeiten, viele landen in einem Teufelskreis, der bei der Spielsucht endet, der Existenzen oder ganze Familien zerstört.

16.000 Steirer und Steirerinnen sind der Spielsucht verfallen, schätzen Suchtbe-

ratungsstellen. Durchschnittlich haben die Spielsüchtigen 55.384 Euro Schulden, sagt der Jahresbericht der „Anonymen Spieler“; und verdienen im Gegensatz dazu 1.445 Euro pro Monat. Es geht also mehr Geld drauf, als herein kommt. Klar ist, dass die Spielsucht finanziert werden muss. Und oft passiert das sogar über illegale Wege.

Die Spielsüchtigen bekommen bei einarmigen Banditen, bei Roulette oder Black

Jack leuchtende Augen oder verzaubern ihr Geld in den unendlichen Weiten des Internet. Nicht nur dort scheffeln die Betreiber Millionen Euro, indem sie ihren Gästen das Geld aus den Taschen ziehen. „Fachleute schätzen, dass ein Drittel der Spielsüchtigen jünger als 18 Jahre ist“, so KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger.

Gegen das große „Kleine Glücksspiel“

Die steirische KPÖ macht gegen das Unwesen mobil und hofft auf Ihre Hilfe, um dem „Kleinen Glücksspiel“ beizukommen. Es ist quasi die Einstiegsdroge ins Glücksspiel. Mit einem Höchsteinsatz von 50 Cent ist ein Maximalgewinn von 20 Euro möglich, schreibt das Gesetz vor. In Wirklichkeit



Das Angebot für Glücksspieler wird immer größer.

Es vergeht keine Woche wo nicht neue Wettcafés eröffnet werden. Immer Menschen werden täglich mit Werbung für Glücksspiele bombardiert.

Einige Länder ergreifen Gegenmaßnahmen: In den USA etwa ist es mittlerweile schon verboten, mit Kreditkarten bei Internet-Wetten zu zocken.

zum Albtraum

sieht es aber so aus, dass man durch bestimmte Tasten am Automaten das Geld rasend schnell verspielen kann. In weniger als einer Minute sind 100 Euro weg – ohne Gewinn. Das zeigte ein Video, das uns ein Leser schickte. Damit der Rubel noch einfacher rollt, gibt es Automaten mit eigener Bankomatkasse. In zahlreichen Automaten können Summen von bis zu 9.999 Euro aufgebucht werden!

Möglichkeit macht Spieler

4.700 Automaten zum Kleinen Glücksspiel sind in der Steiermark aufgestellt. Letzten Winter ließ ein Ehepaar in Feldbach die Kleinkinder im Auto frieren, während die beiden an einem Automaten

zockten. Möglichkeit macht eben Spieler. Das langfristige Ziel der KPÖ ist es, das Kleine Glücksspiel zu verbieten (derzeit ist es nur in Salzburg, Wien, Niederösterreich und der Steiermark erlaubt). Bis es soweit ist, soll eine Abgabe auf Automaten deren Wildwuchs eindämmen.

Wir wollen keine ruinierten Existenzen, keine unglücklichen Familien. Unterstützen Sie uns und setzen Sie ein Zeichen gegen die Auswüchse des Glücksspiels. Eine Unterschriftenliste finden Sie auf Seite 23 dieser Zeitung. Bitte unterzeichnen Sie diese! Unter <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at> finden Sie weitere Informationen zum Thema Spielsucht und Unterschriftenaktion.



foto furgler

MEINUNG

Landtagsabgeordneter
Ernest Kaltenegger

Zu lange weggeschaut

Noch nie waren bei uns so viele Menschen spielsüchtig wie jetzt. Die Entwicklung ist dramatisch und wird trotzdem – im wahren Sinne des Wortes – heruntergespielt. Die Auswirkungen sind fatal: Gescheiterte Existenzen, zerbrochene Familien, Absturz in die Kriminalität.

Natürlich hat es immer Glücksspiel gegeben. Schließlich schaffen es die meisten Menschen auf dem Boden zu bleiben. Jemand, der wöchentlich seinen Lottoschein auffüllt, sein Glück mit einem Rubbel-Los versucht oder gelegentlich ins Casino geht, muss noch lange nicht spielsüchtig sein. Man gönnt sich halt einen kleinen Nervenkitzel und weiß schließlich doch, dass ohnehin nur die Spielbank der einzige sichere Gewinner ist. Darum setzt man in der Regel kleine Beträge ein, deren Verlust nicht gleich den finanziellen Ruin bedeutet.

Menschen, die zur Spielsucht neigen, reagieren jedoch ganz anders. Und davon gibt es leider immer mehr! Oft unzufrieden mit ihrem Leben, wollen sie das Glück einfach erzwingen und setzen mehr ein, als sie haben. Der

Abstieg kann dann rasch gehen. Mittlerweile weiß man, dass Spielsucht eine sehr ernste Krankheit ist. Darum brauchen auch diese Menschen Hilfe und Schutz.

Doch wie schaut die Realität aus? Das Geschäft mit dem Glücksspiel erreicht noch nie gekannte Ausmaße. Kaum ein größerer Ort in der Steiermark ist noch ohne Wettcafé, Internet-Benutzer werden täglich mit Lockangeboten meist obskurer Spiel-Anbieter bombardiert, selbst die staatlichen Glücksspielunternehmen lassen sich immer etwas Neues einfallen, um den Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Die Werbeausgaben der Glücksspielbranche haben ein unvorstellbares Rekordausmaß erreicht.

Es ist höchst an der Zeit, dass der Gesetzgeber mittels klarer Regelungen Ordnung schafft. Für Geschäftemacherei mit Spielsüchtigen darf es keinen Platz geben. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wurde eine steiermarkweite Unterschriftensammlung gestartet. Die verantwortlichen Politiker haben schon viel zu lange weggeschaut!

KLEIN, ABER MIT BISS



4.700 Glücksspielautomaten gibt es schon in der Steiermark. Bald lauert auf jeden Steirer ein eigener „Bandit“.

INHALT

Doppelbudget mit Tricks	4
Betreuung am Rücken der Kindergärtnerinnen	6/7
Strombonus muss her	8
Ein superreicher Steirer	9
Miese Methoden der Makler	15
Schule ohne Parteibuch	16
Studiengebühren? – Ein Boykott steht ins Haus	17
Arbeitswelt: „Wir werden immer mehr ausgepresst“	18/19
Perverser Gesundheitspreis ..	20
Wucher bei Pellets	21

DOPPELBUDGET MEHRHEITLICH BESCHLOSSEN

„Unsinnige Budgettricks“

„Mit dem Budget 2007/08 hat offenbar niemand wirklich Freude!“ Zu diesem Befund kam Renate Pacher (KPÖ) in der Budgetdebatte des Landtages, nachdem sogar der zuständige ÖVP-Finanzlandesrat Christian Buchmann sein eigenes Budget kritisiert hatte.

Die KPÖ-Abgeordnete kritisierte die „unsinnigen Tricks“, mit denen dieses Doppelbudget erst erstellt werden konnte. So würden 111 Millionen Euro der Wohnbauförderung entnommen, ohne zu wissen, wie das Versprechen, die Mittel 2009 wieder zurückzahlen, eingelöst werden könne. „Wer Mittel aus dem Wohnbaupf zweckentfremdet, nimmt in Kauf, dass die Mieten steigen“, so Pacher.

Offenbar spekuliere die Landesregierung mit dem Verkauf weiterer ESTAG-Anteile. Statt die 63 Millionen

an ESTAG-Dividende zum Stopfen von Budgetlöchern zu verwenden, könnte die ESTAG der Strom zu günstigeren Preisen verkaufen und damit regulierend auf dem Markt einwirken. Renate Pacher erinnerte daran, dass wesentliche Budgetmehreinnahmen aus den Taschen der arbeitenden Menschen stammen. „Mineralölsteuer und Verwaltungsabgaben werden erhöht.“

Die KPÖ stehe stattdessen für eine wirkliche Umverteilung. Während in Österreich wenige Superreiche 32 Prozent des Vermögens besitzen,

verfügen 90 Prozent lediglich über 34 Prozent des Reichtums, rechnete Renate Pacher vor. Gleichzeitig würden Großbetriebe, die praktisch keine Steuern zahlen, durch die Wirtschaftsförderung mit öffentlichen Mitteln in Millionenhöhe bedacht. Pacher: „Höchste Zeit, dass diese Förderungen offen gelegt werden!“

Geplänkel um Proporz-Ende

Obwohl SPÖ und ÖVP gemeinsam in der Landesregierung sitzen, blieben sie sich während der Budgetdebatte nichts schuldig. SPÖ-Redner Bernd Störmann will den Proporz lieber heute als morgen abgeschafft wissen. Störmann sieht vor allem bei der Agrar-

förderung noch „erhebliches Einsparungspotenzial.“ Hingegen seien bei Sozialem und Gesundheit kaum weitere Kürzungen möglich.

Offenbar glauben weder SPÖ noch ÖVP an ihre eigenen Prophezeiungen. Wie sonst könnte selbst Wolfgang Kasic (ÖVP) angesichts des Griffs in die Wohnbautöpfe bzw. des Verkaufs der KAGES-Immobilien von „Budgettricks“ sprechen. Die Grüne Ingrid Lechner-Sonnek sieht ÖVP und SPÖ durch den Proporz „aneinander gekettet“. Lechner-Sonnek: „Die Paierlsche Auslagerungs- und Verkaufspolitik wird fortgesetzt.“ Das Doppelbudget 2007/08 wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen. KPÖ und Grüne votierten dagegen.

Allerhand aus dem Landtag

Medikamente nicht besteuern!

Mit 20% ist der Steuersatz auf Arzneimittel in Österreich der zweithöchste in der EU; nur Dänemark liegt mit 25% darüber, die meisten EU-Länder kassieren 10%. „Es ist nicht verständlich, dass man für Kaviar oder Austern nur 10% Steuern zahlt und für lebenswichtige Medizin doppelt so viel“, meint KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger und fordert die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf rezeptpflichtige Medikamente.

Verkehrsverbund wieder teurer

Die steirische Verkehrsverbundgesellschaft kündigt mit 1. Juli eine durchschnittliche Erhöhung der Fahrkarten um 2,63 Prozent an. Gleichzeitig existiert ein gültiger Landtagsbeschluss, die letzte Erhöhung rückgängig zu machen. Die Verbundgesellschaft ist zu 100 Prozent im Eigentum des Landes Steiermark. Die zuständige ÖVP-Landesrätin Edlinger-Ploder weigert sich, den Beschluss umzusetzen. Wozu gibt es eigentlich den Landtag?



Ab 1. Juli wird die Fahrt mit Zug, Bim und Bus wieder teurer – obwohl der Landtag beschlossen hat, dass die letzte Tarifierhöhung von 2006 rückgängig gemacht werden muss!

BUDGET IN ZAHLEN

Das **Doppelbudget** für die Jahre 2007 und 2008 weist ein Gesamtdefizit von 172 Millionen Euro aus. Die Gesamtverschuldung steigt auf 1,45 Milliarden Euro.

Gleichzeitig wurde während der letzten Jahren das **Familien Silber** verscherbelt: 25 Prozent der ESTAG, unsere Thermen und Schilfte, sowie Wohnbadaurleihen in großem Umfang wurden verkauft. Um für 2007 und 2008 das Defizit auf 172 Millionen zu begrenzen, haben SPÖ und ÖVP mit 488 Millionen Euro getrickst.

Die **Erhöhung** der Mineralölsteuer bringt für das Land 6,4 Millionen Euro, 20 Millionen Euro bringt der 2008 geplante Verkauf von Landeswohnungen an die Landesimmobiliengesellschaft (LIG), 111 Millionen Euro kommen aus Rücklagen der Wohnbauförderung. 111 Millionen Euro stammen aus dem Verkauf von Krankenhaus-Immobilien an eine neue Gesellschaft des Landes, die dafür Kredite aufnimmt. Die KAGES wird dann an diese Gesellschaft Mieten zahlen, womit die Kredite finanziert werden.

Runter mit den Politbezügen!

Nicht nur bei den einfachen Menschen sparen: Um 30 Prozent sollen die Berufspolitiker weniger verdienen, meint die KPÖ.

Bei der Budgetdebatte hat die KPÖ im Landtag den Antrag gestellt, die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung und des Landtages um 30 Prozent zu kürzen. Rund vier Millionen Euro ließen sich so pro Jahr einsparen.

Ernest Kaltenegger (KPÖ) machte die Zielrichtung des Antrages klar: „*Der Bevölkerung wurden bereits genug Sparmaßnahmen verordnet. Die Politikerinnen und Politiker sollten mit gutem Beispiel vorangehen.*“ Der KPÖ gehe es

darum, die Bezüge der Politiker an die niederen Gehälter zu koppeln. Als Richtsatz solle die Ausgleichszulage dienen (Mindespension), die je nach politischer Position entsprechend vervielfacht werde. Der Landshauptmann etwa würde das 15-Fache, also 10.890 Euro brutto, bekommen.

„Dann“, so der KPÖ-Klubobmann, „*hätte die Politik tatsächliches Interesse, die unteren Einkommen anzuheben!*“ Die SPÖ sieht in diesem Vorschlag lediglich Populismus. Ihre Jung-Mandatarin Martina Schröck sorgt sich bei Annahme des KPÖ-Antrages um die Qualität der Abgeordneten. Wenig später philosophierte Landeshauptmann Voves wegen einer peinlichen Debatte zwischen SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten über die „Deppen“ in der Landstube. Schröck: „Eine Kürzung würde die Leistung der Politiker in Frage stellen.“ Der Antrag wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Das verdienen steirische Politiker/innen monatlich (Beträge in Euro brutto):

Landeshauptmann	€ 15.019,54
Landeshauptmann-Stellvertreter	€ 14.229,36
Landesrat/rätin	€ 13.438,53
1. Landtagspräsident/in (wenn kein weiterer Beruf)	€ 10.671,78
Klubobmann/frau (wenn kein weiterer Beruf)	€ 9.881,28
LeiterIn des Landesrechnungshofes	€ 8.300,27
LandesschulratspräsidentIn	€ 7.905,02
1. LandtagspräsidentIn (wenn noch ein Beruf)	€ 7.509,77
Klubobmann/frau (wenn weiterer Beruf)	€ 6.719,27
2. u. 3. Landtagspräsident/in	€ 6.719,27
Vizepräsident/in Landesschulrat	€ 5.928,77
Landtagsabgeordnete/r	€ 5.138,26

Verdienen steirische Politiker zu viel? Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Bild: Christian Polansek

Rund 15.000 Euro verdient Landeshauptmann Franz Voves brutto pro Monat, ein Abgeordneter bekommt immerhin noch mehr als 5.100 Euro. Bei diesen Einkommen sollte ein wenig Nüchternheit bei der Arbeit möglich sein.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Umfrage: Sparen bei den Politikern?

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Die Landespolitiker sollen beim Sparen bei sich selbst anfangen, meint die KPÖ. Was meinen Sie? (Bitte ankreuzen)

- Politiker/innen können weniger Einkommen leicht verkraften.
- Polit-Einkommen sollten sich am Mindesteinkommen orientieren.
- Auf keinen Fall, sie brauchen das Geld!
- Ich hätte gerne regelmäßig Informationen der steirischen KPÖ zugesendet.

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL) _____



An die
**Steirische
Volksstimme**

co KPÖ - Ernest Kaltenegger
Landhaus, Herrngasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

KOMMENTAR

KPÖ-LAbg. Renate Pacher

LANDESBUDGET
Verbale Entgleisungen
als Ablenkung vom
unsozialen Budget



Das Landesbudget wurde von SPÖ und ÖVP im Alleingang beschlossen. Es Budget birgt viele Verschlechterungen. Aber darüber wurde im Landtag wenig diskutiert. In den Medien standen der Quatschbuden-Sager und der Deppensager des Landehauptmannes im Vordergrund. Dinge, die für das tägliche Leben der Steirerinnen und Steirer wenig Bedeutung haben. Von den echten Problemen spricht fast niemand.

Dabei ist vieles an diesem Budget sehr diskussionswürdig. Zum Beispiel die Entnahme von 111 Mio. Euro aus der Rücklage der Wohnbauförderung. Oder der Verkauf und die spätere Rückmietung der KAGES-Liegenschaften.

Was noch verschwiegen wird: Die Haupteinnahmen des Landes kommen aus den Taschen der arbeitenden Menschen und der Pensionist/inn/en. Denn die wichtigste Einnahmequelle des Landesbudgets sind die Steuereinnahmen, die das Land vom Bund anteilmäßig erhält. Und von diesem Steuerkuchen machen die Massensteuern, wie Lohn- oder Umsatzsteuer den Löwenanteil aus. Diese beiden Steuern sollen dem Finanzminister heuer 40 Milliarden Euro bringen. Bescheiden die geplanten Einnahmen aus der Einkommens- und der Körperschaftssteuer: Magere acht Milliarden. Diese Zahlen zeigen, wer in Österreich die Steuerbürde trägt.

Dabei könnte die Besteuerung durch Umverteilung von reich zu arm ganz anders aussehen. Die Reichen tragen immer weniger zum Staatshaushalt bei. Der Anteil der Vermögenssteuern zum ganzen Steuerkuchen liegt bei dürftigen 1,3 %. Damit liegt Österreich bei der Vermögensbesteuerung weit unter dem OECD-Durchschnitt von 5,6 %. Unser Land hat schon den Ruf eines Steuerparadieses für Reiche und Konzerne.

Das Staatsbudget und damit auch das Steirische Landesbudget könnte ganz anders aussehen. Bei den Einnahmen könnte z.B. stehen: 300 Millionen Euro für die Steiermark kommen aus der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, 500 Millionen aus der Anhebung der Gewinnsteuern, 500 Millionen aus der Schließung der Steuerschlupflöcher für Privatstiftungen, 500 Millionen aus der Besteuerung von Aktienspekulationen... Für die KPÖ ist das soziale Gerechtigkeit. Diese Maßnahmen wären machbar, aber dazu bräuchte es einen Politikwechsel.

Aber darüber wurde im Landtag nicht diskutiert. Es kommt der Verdacht auf, die Entgleisungen der letzten Tage haben Methode. Damit wird in der Öffentlichkeit über Nebensächlichkeiten diskutiert, die wahren Einschnitte und Verschlechterungen geschehen im Verborgenen.



Murtal

Sprechstunde und Sozialberatung

mit KPÖ-LAbg. Renate Pacher und DSA Karin Gruber

Freitag, 25. Mai,

KPÖ Büro Knittelfeld 10.00 bis 12.00 Uhr

Knittelfeld, Friedensstraße 10

Voranmeldungen bitte unter: 03512/82240 oder 0316 / 877 5104



Eine aufgeweckte Kinderschar braucht eine gute Betreuung. Mit einem größeren Gruppen, wie das derzeit geplant ist, ist das nicht möglich. Auch nicht damit, dass die Pädagoginnen und Pädagogen nun für gleiches Geld mehr und länger arbeiten müssen. Es ist anzunehmen, dass sich das nicht positiv auf die Qualität der Betreuung auswirkt.

NEUES DIENSTRECHT: KPÖ SAGT NEIN!

Am Rücken der Kin

Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschloss der Landtag im März ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen. Durch die Änderung soll es möglich werden, öffentliche Kindergärten bei Bedarf auch während der Ferienzeit offen zu halten. Leidtragende dieser Lösung sind in erster Linie die Beschäftigten.

Das neue Dienstrecht für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen birgt für diese gewaltige Verschlechterungen. Sie verlieren eine Woche ihres Urlaubes, ohne eine Gehaltsaufstockung zu bekommen. Bei Bedarf müssen sie zusätzlich 15 Tage im Jahr zur Verfügung stehen. Diese 15 Tage werden ihnen als Zeitausgleich gutgeschrieben. Allerdings ist nicht gewährleistet, dass dieser Zeitausgleich im Block konsumiert werden kann.

Auch für die Kinder führt die Änderung zu Verschlech-

terungen. So steigt die Zahl der Kinder pro Gruppe in der Krippe von zehn auf 14. KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler machte die Ablehnung ihrer Fraktion klar: „Das neue Dienstrecht bringt deutliche Verschlechterungen für die Kindergärtnerinnen. Da macht die KPÖ nicht mit!“. Detlef Gruber (SPÖ) hingegen verteidigte die neue Regelung. „Es war notwendig, einen Kompromiss zu treffen.“ Auch die Grünen stimmten gegen die Änderung des Dienstrechtes.

Die KPÖ richtete zum Thema Kinderbetreuungseinrich-



KOMMENTAR

FRAGWÜRDIG
Kinderbetreuung
als Schmähpattie

Von LABg. Claudia Klimt-Weithaler



Seit über einem Jahr tagt im Landtag Steiermark ein Unterausschuss zur Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes, des Dienst- und Besoldungsrechtes der KindergartenpädagogInnen und des Kinderbetreuungsförderungsgesetzes.

Seit über einem Jahr wird dort über die Qualität in Kinderbetreuungseinrichtungen und die notwendige Bildungsarbeit diskutiert. Über die Wichtigkeit dieser Arbeit sind sich alle einig und auch darüber, dass wir einen dringenden Nachholbedarf beim Ausbau von Betreuungseinrichtungen haben, vor allem für unter 3-Jährige.

Jetzt wurde allerdings ein Dienst- und Besoldungsrecht von SPÖ und ÖVP beschlossen, das massive Zweifel aufkommen lässt, ob alles Bisherige ernst gemeint war. Das neue Dienstrecht sieht nämlich für die PädagogInnen eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne finanzielle Abgeltung vor und es kann bei Kinderbetreuungsbedarf zum Wegfall der Vor- und Nachberei-

tungswochen kommen.

Schwierig wird es auch beim Kinderbetreuungsgesetz. Vom Ausbau spricht schon lange niemand mehr, die Krippengruppen sollen jedoch von 10 auf 14 Kinder aufgestockt werden. Das läuft dann alles unter dem Deckmäntelchen „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“.

Die KPÖ hat dazu im März eine dringliche Anfrage an Landesrätin Vollath und Landesrat Buchmann gestellt. Wir haben auf einen Landtagsbeschluss zum Ausbau von Betreuungseinrichtungen ebenso hingewiesen wie auf deren volkswirtschaftlichen Nutzen. Aber das scheint in der Landesregierung niemanden zu interessieren. Das neue Dienstrecht geht auf Kosten der PädagogInnen, das neue Kinderbetreuungsgesetz wird ebenso auf deren Kosten und auf Kosten der Kinder gehen.

Wenn uns Kinderbetreuung ein wirkliches Anliegen ist, dann muss auch Geld dafür zur Verfügung stehen – alles andere ist eine reine Schmähpattie!

Kindergärtnerinnen

tungen auch eine dringliche Anfrage an die zuständige Landesrätin Bettina Vollath (SPÖ) und an Finanzlandesrat Christian Buchmann (ÖVP). Claudia Klimt-Weithaler begründete die Anfrage mit dem steigenden Bedarf an qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen bei einem gleichzeitig weit hinter dem Bedarf bleibenden Angebot. Klimt-Weithaler: „Bereits im November 2005 wurde ein KPÖ-Antrag, der den flächendeckenden Ausbau kostengünstiger Kinderbetreuungseinrichtungen fordert, angenommen. Passiert ist seither nichts!“

Betriebskindergärten

Immer mehr Frauen, vor allem Alleinerzieherinnen, sind gezwungen, Teilzeit zu arbeiten, weil sie für ihre Kinder keine adäquaten Be-

treuungsplätze finden oder diese oft viel zu teuer sind. Dafür verantwortlich ist nicht zuletzt der Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen in den Betrieben.

Deshalb brachte die KPÖ zu diesem Thema einen Entschließungsantrag ein. Darin wird die Bundesregierung mittels Petition aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um Großbetriebe gesetzlich verpflichten zu können, Betriebskindergärten einzurichten. Werner Murgg (KPÖ): „Eine ordentliche und leistbare Kinderbetreuung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Da müssen auch die Betriebe in die Pflicht genommen werden. Schließlich stammt deren Profit aus der Arbeitsleistung ihrer Beschäftigten.“ Der KPÖ-Antrag wurde angenommen, nur die ÖVP stimmte dagegen.

Sozialhilfe: KPÖ für Ende der Rückzahlungspflicht

Viele Menschen scheuen sich, um Sozialhilfe anzusuchen, da sie vor der Rückzahlungsverpflichtung Angst haben. Denn haben sie wieder ein selbständiges Einkommen, müssen sie Teile als Rückzahlung verwenden. Vielen gelingt es dadurch kaum, aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen. Die KPÖ hat im Landtag den Antrag eingebracht, die Regresspflicht bei der Sozialhilfe abzuschaffen. Eine Abschaffung des

Regresses würde 2,6 Millionen Euro kosten. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Dem Baumulti Rogner wurden mit einem Strich 4,5 Millionen Euro erlassen. Bei unserem Antrag geht es um 31.335 Menschen in der Steiermark, die zu den Ärmsten der Armen gehören!“ Soziallandesrat Kurt Flecker (SPÖ) sagte zu, die Regresse ab 2009 abschaffen zu wollen. Trotzdem wurde der KPÖ-Antrag von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

MÜRZZUSCHLAG

KPÖ
Helfen statt reden



Sprechstunde

mit **KPÖ-Labg.**

Dr. Werner Murgg

Donnerstag, den 24. Mai 2007

13.00 Uhr,

Im Heim der KPÖ Mürzzuschlag, Wienerstraße 148 (nähe Orthuber)

Voranmeldung erforderlich!

Tel. 0650/27 10 550

oder 03852/24 53

Volksanwaltschaft fürs Land

KPÖ-Initiative im Landhaus: Ein Steirischer Landes-Volksanwalt soll Steirerinnen und Steirern bei Problemen mit der Landesbürokratie helfen.

Vorarlberg hat einen, Tirol auch – und die Steiermark soll einen Landesvolksanwalt bekommen, der jene Steirerinnen und Steirer vertritt, die von Landesbehörden ungerecht behandelt werden. Denn Vertreter der Bundes-Volksanwaltschaft sind drei bis fünf Mal pro Jahr in der Steiermark – zu selten, um alle Probleme aufgreifen zu können. „Der Landesvolksanwalt könnte bei der Jugendwohlfahrt helfen, bei Problemen mit der Sozialhilfe oder dem Pflegegeld



Das Land Steiermark ist für viele Bereiche der Daseinsvorsorge zuständig. Bei Problemen könnte ein Landesvolksanwalt vermitteln.

oder bei Lärmbelästigungen als Folge der Sperrstundenverordnung“, meint KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger.

SPÖ, ÖVP und Grüne sehen den Vorstoß positiv, der nun auf Kosten und Nutzen geprüft wird.

KLARE STROMRECHNUNG, TARIFKONTROLLE

Endlich Strombonus durchsetzen!

Die KPÖ-Steiermark hat einen Kunden der STEWEAG-STEAG (SSG) bei einer Strafanzeige gegen dieses Unternehmen unterstützt.

Grund der Anzeige: Es bestand der Verdacht, dass die SSG durch „All-Inclusive-Preise“ in ihren Rechnungen es den Kundinnen und Kunden unmöglich macht, den von der SSG vorgeschriebenen Energiepreis zu ermitteln. Außerdem sei die mit 1.1.2006 wirksam gewordene Netztarifsenkung nicht in vollem Umfang an die Kunden weitergegeben worden.

Die Staatsanwaltschaft hat nach Einholen einer Stellungnahme der STEWEAG-STEAG die Anzeige zurückgelegt. Nichts desto trotz wirft die KPÖ der SSG vor, dass sie seit Jahren ihre Haushaltskunden durch die Vermischung von Energiepreisen und Netzkosten verwirrt. Seit 1.1.2006 müssen die Elektrizitätsunternehmen Netzbetrieb und Energieverkauf trennen. Diese Trennung hat die SSG nachvollzogen, gleichzeitig aber weiterhin All-Inclusive-Preise verrechn-

net. Erst seit 1.1.2007 müssen Netz- und Energiekosten nun auch auf den Rechnungen getrennt ausgewiesen werden. Das fordert die E-Control bereits seit Jahren.

Stromrechnungen sollen generell so transparent gestaltet werden müssen, dass sie auch von „Nicht-Experten“ nachvollzogen werden können. Weiters setzt sich die KPÖ für die Installierung eines Tarifbeirates und die Ausschüttung eines Strombonus ein. Für die Auszahlung eines Strombonus existiert bereits ein Landtagsbeschluss. Trotzdem weigert sich Landeshauptmann Voves beharrlich, diesen Beschluss umzusetzen. Der Tarifbeirat sollte die Strompreisgestaltung der SSG im Sinne der rund 250.000 Haushaltskunden überwachen. Während die Steirerinnen und Steirer auf den Tarifbeirat und die Auszahlung des Strombonus

immer noch warten, denken Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer bereits ernsthaft darüber nach, wie die beiden Grazer Profifußballvereine Sturm und GAK über die STEWEAG-STEAG-Muttergesellschaft ESTAG gesponsert werden könnten.

KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg: „Das halte ich für eine gefährliche Drohung. Es kann nicht sein, dass die steirischen Haushalte auf den Strombonus verzichten müssen und sie stattdessen über ihre Stromrechnungen die Supergagen einiger Profifußballer finanzieren!“



Kritik an der Steweag gibt es auch von den Anrainern – wegen der gewaltigen Zubaupläne bei der Grazer Zentrale.

DIE REICHSTEN STEIRER: MICHAEL MAYER-RIECKH

Reich bis zur Schuhsohle

Erbtes Startkapital bildet die Basis des profitablen Schuhgeschäftes von Michael Mayer-Rieckh, dessen Vermögen durch europaweite Expansion, Produktion in Billiglohnländern, Präsenz in wirtschaftlich wichtigen Gremien und „Horten“ in Stiftungen stetig wächst.

Die Leder & Schuh AG der Grazer Industriellenfamilie Mayer-Rieckh vereint die Marken Humanic, Shoe4You, Jello, Corti, Dominici, Top-Schuh und andere und ist damit der große Zampano im heimischen Schuhgeschäft.

Der Siegeszug der Unternehmerfamilie begann zu Beginn des vorigen Jahrhunderts mit der Übernahme der größten Schuhfabrik Mitteleuropas durch den Industriellen Karl Rieckh. Hatte man schon als Heereslieferant während des Ersten Weltkrieges gut verdient, ging es mit dem unter dem Vater von Michael Mayer-Rieckh, Hans Mayer-Rieckh, neu gegründeten Familienunternehmen nach dem 2. Weltkrieg erst so richtig los.

Bei einem Gesamtumsatz von 373 Mio. Euro konnte das Unternehmen im Jahr 2005 immerhin einen Gewinn von 17 Mio. Euro einfahren. Als Präsident der steirischen Industriellenvereinigung sorgte Michael Mayer-Rieckh bis zu-



letzt dafür, dass die Interessen der Schuhindustrie in der Politik würdig vertreten wurden. Mayer-Rieckh ist obendrein Aufsichtsratschef der steiermärkischen Bank und Sparkassen AG. Weitere Zutaten des Erfolgsrezeptes à la Mayer-Rieckh sind:

Internationales Geschäft

Pro Geschäftsjahr stampft der Konzern etwa 25 neue

Standorte europaweit aus dem Boden. Die Produktion überlässt man anderen. Importiert wird aus Billiglohnländern wie China, Indien oder Pakistan. Da freut sich das Kapital und wächst!

Steuerschonende Geldanlage

Neben dem unternehmensbezogenen Vermögen und Immobilienbesitz verfügen die Mayer-Rieckhs über Privatstif-

Michael Mayer-Rieckh hat zuletzt auch firmeninterne Machtkämpfe mit der Miteigentümerfamilie Mayer-Heinisch und Ex-Vorstand Ridder vom Zaun gebrochen.

Foto: Leder & Schuh

REICHTUMSBERICHT

Die ungerechte Verteilung des Wohlstandes – 10 Prozent der Österreicher besitzen 90 Prozent des Vermögens – war für die KPÖ der Anlass zu schauen, wo das Geld zu Hause ist. Im steirischen Reichtumsbericht kann nachgelesen werden, warum die Kluft zwischen arm und reich immer größer wird.

Der zweite Teil des Reichtumsberichts bringt Licht ins Dunkel um sieben superreiche Steirer. Wir bringen einen Auszug aus der Broschüre, die Sie bei der KPÖ Steiermark anfordern können: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Tel 0316/877 5104 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

tungen in Salzburg und Wien. Denn: Spätestens seit der Einführung des Privatstiftungsgesetzes im Jahr 1993 darf sich auch die Alpenrepublik mit dem Etikett „Steueroase“ schmücken. Zuwendungen an Privatstiftungen werden mit nur 5 % besteuert, Gewinne sind mit wenigen Ausnahmen steuerfrei. Als „Legale Steuerhinterziehung für Superreiche“ werden solche Konstruktionen bezeichnet.

Zum Clan-Vermögen im Ausland zählt unter anderem auch eine in Vaduz ansässige Stiftung von Michael Mayer-Rieckh und seiner Frau Renée.

Indessen fehlt in der Steiermark vielfach Geld zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur. Schließlich sind 46 der 60 ärmsten Gemeinden Österreichs in der Steiermark zu finden. Hier drückt in Wahrheit der Schuh!



Sprechstunden mit Ernest Kaltenegger

Telefonsprechstunde am 21. Mai, 9–12 Uhr
0316 / 877 51 04

Persönliche Sprechstunden im Mürztal:
Mittwoch, 23. Mai, ab 10 Uhr
Kindberg – Wartberg – Krieglach,

Telefonische Anmeldung erforderlich:
KPÖ Mürzzuschlag Tel: 03852/2453
oder 0650/27 10 550



Der Wohlstand muss gerechter verteilt werden!

Auch gegenüber den Pensionisten hat Kanzler Gusenbauer seine Wahlversprechen gebrochen.

Ein Wahlplakat der SPÖ zur vergangenen Nationalratswahl hat auch mich beeindruckt. Alfred Gusenbauer lächelt da auf uns Normalsterbliche herab und übermittelt uns die Botschaft „Der Wohlstand muss gerecht verteilt werden“. Während die ÖVP nur mehr davon spricht, wie groß angeblich der Wohlstand in unserem Land sei, entdeckt die SPÖ plötzlich wieder die Frage der gerechten Verteilung. Wie schaut die Realität nach der Regierungsbildung aus, jetzt wo die SPÖ stärkste Partei ist und wir einen SPÖ-Kanzler haben?

Versprechen gebrochen: Aus dem Regierungsübereinkommen kann die gerechte Verteilung des Wohlstands kaum herausgelesen werden. Das Wahlversprechen gegenüber den Studierenden hat Gusenbauer bereits gebrochen – auch die Versprechen gegenüber den Pensionisten. Vor der Wahl hat die SPÖ zu recht aufgezeigt, dass die Pensionen während der schwarz-blau-orangen-Regierung um neun Prozent entwertet wurden. Wenn man den Wohlstand jetzt gerechter verteilen will, müsste eigentlich auch für uns

Pensionistinnen und Pensionisten etwas dabei abfallen. Der Obmann der SPÖ-Pensionisten, Karl Blecha, hat vor der Wahl noch eine Erhöhung der Pensionen um 2,4 Prozent verlangt. Diese Forderung reduzierte die SPÖ dann auf 1,9 Prozent, herausgekommen sind mickrige 1,6 Prozent, ein Wert, auf den sich die ÖVP schon vor der Wahl festgelegt hat. Dem neuen SPÖ-Sozialminister Buchinger ist die Rente mit 65 offenbar zu wenig, er phantasiert bereits von einem Rentenalter von 67. Ich frage mich: Welcher Betrieb nimmt heute noch Menschen über sechzig? Sogar Fünfzigjährige haben Schwierigkeiten einen Arbeitsplatz zu finden.

Gar nicht zu reden von den über 300.000 Arbeitslosen, die trotz angeblicher Hochkonjunktur keine Arbeit finden. Effektive Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit hat man bisher von der neuen Regierung kaum wahrgenommen. Neu ist allenfalls, dass der Bundeskanzler Nachhilfestunden gibt und der Sozialminister sich gegen Spenden die Haare schneiden lässt. Die Studenten haben zumindest gegen den Bruch eines zentralen Wahlversprechens demonstriert. Die Protestaktionen der über zwei Millionen Pensionistinnen und Pensionisten stehen noch aus! Schimpfen allein ist zuwenig! Da werden auch unter einem „roten“ Kanzler die Reichen reicher und die Armen ärmer!

Karl Russheim

SPRECHTAGE

des Zentralverbandes
der Pensionisten

Montag bis Freitag
von 10.00 bis 12.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 0316/71 24 80

um Voranmeldung wird gebeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

**REISE
ZUR
INSEL**



Di, 5. Juni bis Sa, 9. Juni 07
Preis inkl. Busfahrt, HP, DZ
Euro 195,00

Information und Anmeldung
Zentralverband der Pensionisten:
Tel. 0316 / 71 24 80
(10 - 14 Uhr)
E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

Symposium: 150 Jahre Südbahn Kommt der Semmeringtunnel?



Anlässlich des 150jährigen Bestehens der Südbahn veranstaltet die KPÖ ein verkehrspolitisches Symposium in Mürzzuschlag. Welchen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Stellenwert hat Südbahn? Welche verkehrspolitische Zukunft hat die Steiermark? Brauchen wir Semmering- und Koralmtunnel?

Wer diese und andere verkehrspolitische Fragen zum Thema Südbahn und steirische Verkehrspolitik diskutieren will, ist zum „Südbahnsymposium“ eingeladen, das am 22. Juni 2007 im Kulturbahnhof Mürzzuschlag (9 bis 17 Uhr) stattfindet.

Neben einem Vortrag zum Thema „Zur Geschichte der Südbahn“ von Dr. Gerhard Dienes, Historiker am Landesmuseum Joanneum, sind ein Film, eine Literaturlusung zur Südbahn von Gerhard Balluch sowie eine Führung durch das Eisenbahnmuseum Mürzzuschlag geplant.

Nach der Mittagspause geht es weiter mit einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Südbahn heute – ihr Stellenwert in Verkehrs- und Kommunalpolitik“ mit Persönlichkeiten wie Hermann Knoflacher, Verkehrsexperte der TU Wien, Ernest Kaltenegger, Klubobmann des Landtagsklubs der KPÖ, Helmut Uttenthaler, Obmann von „Fahrgast Steiermark“ und Fritz Ploner, Gewerkschafter (vda) und Vizepräsident der AK Steiermark.

Anmeldungen unter: Tel. 0316 / 22 59 32. oder 0650 / 27 10 550.



Bei der öffentlichen Infrastruktur zählt die Steiermark zu den Nachzügler in Österreich. Warum das so ist und wie die Lage verbessert werden kann, darüber wird im Kulturbahnhof Mürzzuschlag am 22. Juni diskutiert. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Ortsverschönerung in Mitterdorf

Wer die Bahnhofunterführung in Mitterdorf im Mürtal kennt, wird über die aufgesprayten Hakenkreuze und die Naziparolen wütend geworden sein. Mehrere Plätze und Lokale werden immer wieder von dutzenden Nazis belagert.

Auch in Kindberg gab es schon zweimal Polizeieinsätze wegen Wiederbetätigung in diversen Lokalen. Wir finden es erschreckend, wenn sich Jugendliche zum Nationalsozialismus bekennen. Wie lange wird

hier von der Öffentlichkeit noch zugeschaut, etwa solange, bis die Situation eskaliert? Aus dem ganzen Mürtal rotten sich Jugendliche in Mitterdorf zusammen, um ihre Schmierereien und ihr Gedankengut zu verbreiten.

Jetzt greift die Kommunistische Jugend (KJÖ-Steiermark) zur Selbsthilfe und kündigt an, die Unterführung auszumalen um die Öffentlichkeit von diesem unerträglichen Zustand zu befreien!



Leistungsdruck, Überstunden, Dauerakkord: Für maximalen Profit gehen Konzernzentralen über Leichen.

BÖHLER-GESCHICHTE

Um Österreichs Industrie für die arbeitenden Menschen nutzbar zu machen, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche Betriebe von den Arbeitern übernommen und dadurch der Verbleib der Anlagen in Österreich sichergestellt. Sie wurden später verstaatlicht, darunter auch die Böhler-Werke.

1973 erfolgte unter Kreisky die Fusion der österreichischen Stahlindustrie zur Voestalpine AG. Die weltweite Stahlkrise Anfang der 80er Jahre machte auch vor dem VOEST-Konzern nicht Halt. 1985 kam es zum Crash. Umstrukturierungen folgten, der Konzern erholte sich wieder. 1991 wurde der schwedische Konkurrent Uddeholm gekauft.

Auf Druck der EU wurde die Privatisierung von Böhler-Uddeholm eingeleitet. Beim Börsengang 1995 hielt die ÖIAG noch 72,7 % der Anteile, 2003 folgte die totale Privatisierung. 2007 übernahm die VOEST große Anteile.

SCHLACHTFELD ARBEITSPLATZ – PROZESS IN LEOBEN

Arbeitertod aus Profitgier?

Fünf Arbeiter fielen 2005 einem Unfall im Kapfenberger Böhlerwerk zum Opfer. Das Unternehmen hatte bei der Sicherheit gespart und gleichzeitig den Leistungsdruck auf die Mitarbeiter erhöht.

Am 8. April 2005 passierte ein tragischer Arbeitsunfall bei der Firma Böhler Edelstahl in Kapfenberg, der die Leben von fünf Arbeitern forderte. Als eine nicht ausreichend getrocknete Gusspfanne mit heißer Schlacke gefüllt wurde, kam es zur Explosion. Vier der anwesenden Arbeiter starben sofort, einer erlag im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen. Zwei weitere wurden verletzt. Die fünf verstorbenen Männer waren zwischen 22

und 54 Jahre alt.

Einzig aus dem Kreis der KPÖ in Kapfenberg ertönten kritische Stimmen um die Ursachen: Leistungsdruck, Überstunden, Dauerakkord, Repressionen durch die Firmenleitung. Wer aufbegehrt, verliert den Job. Das kapitalistische System opfert Menschen, um die Produktion zu beschleunigen und den Gewinn zu vermehren.

Einigen Aktivisten der KPÖ Kapfenberg wurde Wochenlang anonym mit beruflicher Existenzziehung und Ähnlichem gedroht. Unter vorgehaltener Hand freuten sich die Arbeiter über die einzige öffentliche Solidarisierung und bestätigten die Aussagen über die schlechten Arbeitsbedingungen. Zitat eines leitenden Betriebsrats als Antwort auf die Kritik: „Wo gehobelt wird, da

fallen Späne.“ Es fragt sich, ob mit den Spänen die fünf toten Arbeiter gemeint sind.

Prozess in Leoben

Am 19. März 2007 startete in Leoben der Prozess über diesen Arbeitsunfall. Auf der Anklagebank wegen fahrlässiger Tötung: Der Geschäftsführer und ein Arbeiter der Firma Kerasil, die für Wartung und Reparaturen der Gusspfannen zuständig war. Die Kritik der KPÖ wurde dann im Prozessverlauf bestätigt! Denn 2003 wurde vertraglich festgelegt, dass die Verantwortung für den Aufheiz- bzw. Trocknungsvorgang bei Böhler liegt. Der fatale Fehler war ein falsches, zu kurzes Trockenprogramm.

Die Zeugenaussage des Böhlerarbeiters, der das falsche Programm betätigte, war voller Widersprüche und der Mann

stand offensichtlich so unter Druck von oben, dass er kaum eine Aussage machen konnte. Weiters kam im Prozess zu Tage, dass die Firma Böhler den Aufheizvorgang 16 Stunden lang unbeaufsichtigt ließ. Die laut Arbeitsrecht vorgeschriebenen zwei Arbeiter waren dem Milliardenkonzern dann doch zu teuer. Genauso, wie die Anschaffung eines Geräts für das Überwachen des Pfannenfeuers zu teuer war. Das gibt es erst seit dem Unfall.

Es kam zu zwei Freisprüchen. Doch die Staatsanwaltschaft hat Berufung eingelegt. Die nächsten auf der Anklagebank werden eher die Arbeiter denn die Chefs der Firma Böhler sein. Die KPÖ Steiermark wird weiter jene unterstützen, die den Kopf für das Profitdenken in den Konzernzentralen hinhalten müssen!

INDUSTRIEFRIEDHOF OBERSTEIERMARK?

Ist die „Bude“ zu, ist es um den

Die kleine obersteirische Marktgemeinde Weißenbach an der Enns ist beispielhaft für den „Strukturwandel“ in vielen ehemaligen Industriorten: Mit der Schließung der Fabrik verließen nicht nur die Arbeiter den Ort, sondern Schritt für Schritt verschwand auch ein Großteil der Infrastruktur. VON REINHARD CZAR

Die gute Nachricht vorweg: Seit die Papierfabrik Anfang der 80er-Jahre für immer ihre Pforten schloss, ist die Luft in Weißenbach an der Enns wirklich gut. Da sich die Region in Ermangelung von Schilften, Hotels und Bergseen allerdings nur bedingt für eine touristische Nutzung eignet, darf die gute Luft fast als unerschwinglicher Luxus gewertet werden. Denn auf der anderen Seite der Skala

steht ein Einwohnerschwund von satten fünfzig Prozent, verbunden mit dem entsprechenden Verschwinden der Infrastruktur.

Freilich trägt nicht nur die Schließung der Papierfabrik Schuld daran, dass es in Weißenbach kein Lebensmittelgeschäft und kein Postamt mehr gibt. Trotzdem begann der schleichende Schwund der Infrastruktur in Wahrheit mit dem Ende der „Bude“.

„Sechs zu null“ in der Infrastruktur

Eine Gegenüberstellung der Zahlen sagt mehr als tausend Worte: Gab es in den 70er-Jahren in Weißenbach noch zwei Lebensmittelgeschäfte und einen Fleischhauer, müssen die Bewohner heute in die Nachbarorte fahren, um sich mit den Gütern des täglichen Bedarfs einzudecken. Dasselbe gilt, wenn sie einen „Einschreiber“ aufgeben wollen, einen Haarschnitt benötigen oder eine Zeitschrift kaufen möchten. Im „Zahlenmatch“ zwischen 1970 und heute steht's somit sechs zu null! Der Weg ist – vor allem für die ältere Bevölkerung – beschwerlich, liegen die Nachbarorte St. Gallen und Altenmarkt doch leicht erhöht über dem Ennstal. Dass die öffentlichen Bus-Verbindungen in den letzten Jahren nicht besser geworden sind, erübrigt sich zu erwähnen.

Freilich gibt es auch Versuche, gegenzusteuern. So steht beispielsweise ein Ruftaxisystem zur Verfügung und bieten Bauern ihre Produkte ab Hof an. Mit Hilfe von Landesmitteln wurde das Ortsbild erneuert. Die Optik kann

jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass dort, wo früher die Papierfabrik stand, auch heute noch ein großes Loch klafft, das mit zwei neuen Betrieben nur mangelhaft geschlossen werden konnte. Ein Loch übrigens nicht nur fürs Auge, sondern bei der Einwohnerzahl, beim Kommunalsteueraufkommen, bei der gesamten Infrastruktur...

Weißenbach ist überall

„Strukturwandel“ nennt man gemeinhin das, was neben Weißenbach an der Enns in vielen obersteirischen Industriorten passiert ist. Ob im Mürztal, ob im Großraum Leoben, ob in Teilen des Ennstals – überall wurden Industriebetriebe geschlossen. Deren Nachfolgebetriebe – so es welche gibt – schreiben heute zwar schwarze Zahlen, bei den Mitarbeiterzahlen kommen sie aber an die ehemaligen Giganten nicht heran. „Wandel“ ist wohl eher als beschönigender Begriff zu verstehen, denn in Wahrheit müsste man von „Verschlechterung“ sprechen, kann doch in keinem der Fälle die heute vorhandene Infra-



Es gibt Bemühungen: Das Ortsbild ist erneuert. Was aber fehlt, ist die Fabrik und das damit verbundene Leben.



Die „Bude“ ist Geschichte. Selbst der Schlot der Papierfabrik wurde inzwischen gesprengt.

BEZ. VOITSBERG



VOITSBERG

SPRECHSTUNDE

mit KPÖ-Labg.

Claudia Klimt-Weithaler
und DSA Karin Gruber

Do. 14.6. 2007

10.00 bis 12.00 Uhr,

bei der KPÖ Voitsberg,

C.-v.-Hötzendorferstraße 29,

Tel. 03142 / 22421

Ort geschehen

struktur auch nur annähernd mit dem verglichen werden, was zur Zeit der Hochblüte vorhanden war.

Vor den Folgen dieser Entwicklung warnen Statistiker seit Jahren: Teile der Obersteiermark werden entvölkert, dafür konzentrieren sich die

Bewohner im Süden, in und um Graz. Dass es mit der Infrastruktur im Norden auch in Zukunft nicht besonders gut ausschauen wird, liegt in Zeiten, in denen alles am zu erzielenden Profit gemessen wird, auf der Hand – Weißbach ist sozusagen überall!




Sprechstunde Liezen

mit KPÖ-LAbg. Werner Murgg und
KPÖ-LAbg. Renate Pacher

Mittwoch, 23. Mai,
Restaurant KAROW, Bahnhofstraße 3, Liezen,
10.00 bis 12.00 Uhr

Voranmeldungen bitte unter: 03512/82240
oder 038 42 / 22 670 oder 0316 / 877 5104

 **KPÖ**



Warnung: Die illegalen Tafeln wurden inzwischen abmontiert.

THAL

Fußgänger ausgesperrt

„Achtung! Jagdbetrieb vom 1. Mai bis 31. Dezember, 5 bis 22 Uhr“, stand in großen Lettern auf rot umrandeten Tafeln, die an beliebten Wander, Spazier- und Laufstrecken in Thal bei Graz aufgestellt wurden. Thal ist ein beliebtes Naherholungsgebiet. Doch der Aufenthalt im Freien wird schwierig – zumindest dort, wo besagte Tafeln quasi vor einem

Abschuss warnen. Jagdliche Sperrgebiete dienen als Vorwand, unerwünschte Besucher fern zu halten.

Gegen die Tafeln, die nicht dem Forstrecht entsprechen, wurden bereits Einsprüche bei der Bezirkshauptmannschaft erhoben. Die Tafeln sind nun zwar weg, dafür gibt es Drahtbarrieren, die Spaziergängern das Leben schwer machen!

ABRISS UM VIEL GELD

Teurer Aufschwung in Eisenerz

Seit dem Niedergang des Bergbaus geht es mit Eisenerz bergab. Die Bevölkerung schwindet, die Häuser stehen leer. Der Rückbau soll die Bergstadt retten. Ein taugliches Mittel?

Der Glanz vergangener Zeiten ist in Eisenerz lang verblasst. Die Wohnhäuser von hunderten Bergleuten stehen leer, die einst schmucken Altstadtbauten fristen zum Gutteil ein trauriges Dasein. Am Erzberg wird zwar gleich viel Erz abgebaut wie vor 20 Jahren, aber mit einem Zehntel der Bergleute. 2001 zählte man noch 6.435 Einwohner, heute sind es gerade noch 5.000, die der Erzstadt die Stange halten. Eisenerz – eine

Stadt im Abschwung.

Schuld an der Misere ist die Stadtpolitik vorwiegend selbst, meint KPÖ-Gemeinderat Karl Fluch. Der ehemalige Bergmann denkt etwa ans Hallenbad: „Die jährlichen Ausgaben betragen 606.000 Euro, aber nur 93.500 Euro kommen herein“, kritisiert er. Nicht anders sei es bei den Wintersportanlagen: Ausgaben von 193.500 stehen Einnahmen von 1.800 Euro entgegen. Vieles mehr gebe es aufzuzählen.

Nun will man die Infrastruktur der Stadt unter dem Namen „Redesign Eisenerz“ zurückbauen. 700 Wohnungen stehen derzeit leer. Bis 2021 will man 477 Wohneinheiten schleifen, Eisenerz auf die Altstadt und den Stadtteil Trofeng verkleinern, die Wohnanlagen Münichtal und Veiglweise für den Tourismus anpassen. Von derzeit 3.846 Wohnungen blei-

ben bis 2021 noch 2.662 übrig. Die Kosten für das neue Aussehen der Stadt: Mehr als 27 Millionen Euro.

„Wir sind zum Experimentierfeld von Architekten und Stadtplanern geworden, anstatt dass es Perspektiven für die Jugend gibt. Allein für Beratungskosten gibt man 15.000 Euro aus“, ärgert sich Karl Fluch. Bei Politikergehältern und der Öffentlichen Allgegenwart der Stadtgränden spare man



Idyllisch und doch immer öfter verwaist: Eisenerz

hingegen nicht. Zusätzlich stehen den verbliebenen Stadtbewohnern Tarifierhöhungen ins Haus.

SACHWALTER EINGESETZT

Finanznöte: Köflach ist pleite

Drei Gemeinderäte aus der Opposition brachten den Stein ins Rollen – durch eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Land. Jetzt wacht ein Sachwalter über die Köflacher Stadtfinanzen.

Ein neues Rathaus, ein teures Einkaufszentrum, Quellbohrungen für die Therme Nova, eine Umfahrung, die eigens für die Landesausstellung „Mythos Pferd“ errichtet wurde... Über Jahre hat die Gemeinde Köflach über ihre Verhältnisse gelebt.

Letzter Streich: 2006 wurden ohne Zustimmung des Landes weitere Darlehen aufgenommen. Doch jetzt ist der Ofen aus. Die Oppositionsparteien haben der jahrelangen Misswirtschaft der SPÖ, die im Gemeinderat mit rund 70% die absolute Mehrheit hält, den Kampf angesagt und eine

Dienstaufsichtsbeschwerde beim Land eingebracht. Nun steht Köflach unter der Kontrolle eines Sachwalters, der alle Ausgaben strengstens überwacht, damit der Voranschlag 2007 bis Ende Juni doch noch beschlossen werden kann.

„Selbst für dringende Maßnahmen wie Kanalbau und Straßensanierungen ist kein Geld mehr da“, ärgert sich Fritz Batiza von der KPÖ.

Um die verschwenderische Haushaltsführung finanzieren zu können, werden die Bürger schon lange kräftig zur Kasse gebeten. Fritz Batiza kritisiert: „Die Gebühren für



Prestigebauten wie das relativ neue Köflacher Rathaus sind schön und gut – vorausgesetzt, man kann sie auch bezahlen!

Müllabfuhr, Kanal und Wasser zählen zu den höchsten in der Steiermark, während man auf die Einführung einer gebührenpflichtigen Kurzparkzone

großzügig verzichtet hat.“

Indes steht das neue Einkaufszentrum, von dem man sich Einnahmen versprochen hatte, noch immer fast leer.

SPIELBERG UND VOITSBERG

Steiermark: Hochburg für Rennstrecken?

Zwei neue Rennstrecken sollen in der Steiermark Wirklichkeit werden. In Voitsberg sind die Würfel über die Umweltverträglichkeit gefallen, für Spielberg soll der Bescheid im Sommer da sein.

Mit PS-starken Boliden im Kreis zu fahren erfreut sich auch zu Zeiten des Klimawandels und steigender CO₂-Belastung großer Beliebtheit. In der Steiermark will man noch eins draufsetzen: Gleich zwei neue Rennstrecken soll es geben.

In Spielberg sollen auf dem Gelände des abgerissenen A-1 Rings Testwagen ihre Runden drehen und Rennen gefahren werden. Von VW, Red Bull, KTM und Magna gibt es Ab-

sichtserklärungen mitmachen zu wollen. Rechtsverbindliche Zusagen für das Projekt, das bis zu 150 Millionen Euro kosten soll, gibt es nicht. Zumindest im Fall von Magna kein Wunder, denn der Grazer Autoriese hat auch Interesse am Rennprojekt der Baufirmen Mandlbauer und Porr im näher gelegenen Voitsberg. Dort sind die Betreiber des „Auto Test Center Voitsberg“ einen großen Schritt weiter. Die Umweltverträglichkeitsprüfung wurde mit einem pos-

tiven Ergebnis für die Betreiber abgeschlossen. Dort sollen vorerst zehn Rennen pro Jahr stattfinden, 3.000 Besucher mit 1.400 Autos finden Platz. Das Verfahren in Sachen Spielberg ist voll im Gange.

Zu beiden Projekten gibt es Widerstände: Die Anrainer fürchten um ihre Lebensqualität, sorgen sich um Lärm und Abgase und haben Einsprüche eingebracht. In Voitsberg ist nun offen, ob weitere Einwendungen erfolgen. In Spielberg haben Anrainer angekündigt alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen zu wollen.

Mittlerweile ist das „Projekt Spielberg“ derartig mit Emotionen beladen, dass eine sachliche Diskussion schwer möglich ist. Mit dem Projekt werden zahlreiche Hoffnungen verknüpft. Eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen, sogar die Errichtung von zwei(!) Fünf-Sterne-Hotels im Aichfeld werden versprochen. Kritiker werden zu Verrätern an der Region gestempelt und in

anonymen Schreiben mit der Ermordung bedroht.

Dabei hängt die Verwirklichung davon ab, ob das Projekt diesmal den Gesetzen entspricht. Es war Aufgabe der Projektgruppe „Spielberg Neu“, mit Millionen an Steuergeldern ein wasserdichtes Projekt einzureichen. Wurde dieser Auftrag erfüllt, dann braucht man auch die Einsprüche nicht zu fürchten. Dann allerdings muss auch der Wahrheitsbeweis angetreten werden für all die Versprechungen, die im Zusammenhang mit „Spielberg Neu“ gemacht wurden.

Peinlich: Es war die Landesregierung unter Alt-Landeshauptfrau Klasnic, die das Schleifen des über 500 Mio. Schilling teuren Rings veranlasst hat, ohne noch die nötigen Genehmigungen für das neue Projekt in der Tasche zu haben. Ohne diese „Arroganz der Macht“ hätte die Region noch einen funktionierenden A1-Ring.



Eurofighter im Anflug? Das erste „Projekt Spielberg“ scheiterte unter anderem auch an der Nichtöffnung des Fliegerhorsts für eine geplante Flugschule.



Wenn man sich den Nachmieter selbst ausgesucht hat, braucht dieser keine Provision zu zahlen.

MIESE MAKLERMETHODEN

Unerlaubtes Körberlgeld

Bei Verlängerung eines bestehenden Mietvertrages sowie bei Abschluss eines Mietvertrages, den der Makler nicht angebahnt hat, ist die Maklerprovision verboten.

Die Aussicht, sich durch ungerechtfertigte und daher verbotene Provisionen ein nettes Körberlgeld zu verschaffen, ist für manchen Grazer Immobilienmakler leider immer noch unwiderstehlich, wie man im Büro von Wohnungstadträtin Elke Kahr weiß.

Eine Mieterin wollte ihren

bereits fünf Jahre dauernden Mietvertrag verlängern. „Kulanterweise nur zwei Monatsmieten“ Provision verlangte ein Grazer Maklerbüro von der Mieterin für diese Dienstleistung.

Eine doch etwas fragwürdige Vorstellung von Kulanz, wenn man bedenkt, dass der Makler sowohl nach den Bestimmungen des Maklergesetzes als auch nach der ständigen Rechtsprechung in diesem Fall überhaupt keinen Provisionsanspruch hat.

Ein anderer Fall: Um noch vor Ablauf der Kündigungsfrist aus dem Mietvertrag aussteigen zu können, suchte eine Mieterin einen Nachmieter für ihre Wohnung. Dieser wurde beim Makler vorstellig, der – mehr freundlich, weniger seriös – für den Abschluss des

Mietvertrages eine Provision in Rechnung stellte, über deren Höhe man sich „schon einigen werde“.

Einig sind sich in diesem Fall höchstens Mietrechtsexperten und der Oberste Gerichtshof. Deren Urteil lautet: kein Provisionsanspruch, da der Makler, der auch Verwalter des Hauses ist, keine den Vertragsabschluss herbeiführende Tätigkeit geleistet hat.

Sollte jemand Zweifel daran haben, ob die bezahlte Provision tatsächlich zu Recht verlangt wurde, sollte unbedingt die Hilfe einer Beratungsstelle, etwa des Mieterschutzverbandes (Tel. 0316 / 38 48 30) oder den Mieternotruf der Grazer KPÖ (Tel. 0316 / 71 71 08) in Anspruch nehmen.

Allfällige Rückforderungsansprüche gegen den Makler verjähren nämlich erst nach drei Jahren!

SOZIALSERVICE

Der Weg zur Sozialhilfe

Frau K. aus Knittelfeld lebte nicht gerade im Überfluss. 425 Euro Notstandshilfe bekam sie vom Arbeitsmarktservice, dazu zahlte ihr geschiedener Mann 110 Euro Unterhalt. Von ihren insgesamt 535 Euro gingen 113 Euro für die Wohnungsmiete auf. „Damit lag sie deutlich unter dem Richtsatz von 689 Euro, unter dem es Sozialhilfe gibt“, meint Diplomsozialarbeiterin Karin Gruber, „ich habe ihr empfohlen, um Sozialhilfe anzusuchen“.

Das tat Frau K. – und löste damit eine Trendwende aus. Denn sie bekommt einen ablehnenden Bescheid von der Bezirkshauptmannschaft in Knittelfeld. Karin Gruber hilft bei der Berufung, die allerdings von der zuständigen Fachabteilung im Land abgewiesen wird. Darauf legt die KPÖ eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht ein – mit allen Kosten und Risiken.

Für Frau K. machte sich die Beschwerde bezahlt. Als das Verwaltungsgericht bei der Fachabteilung nachfragt, gewährt man Frau K. die geforderte Sozialhilfe. Sie freut sich über eine Nachzahlung von 1980 Euro und einen laufenden Sozialhilfe-Zuschuss, der 14 Mal pro Jahr bezahlt wird. Außerdem gibt es nun zusätzlich einen Beitrag zum Abdecken von Energiekosten.

Das Problem beim Berechnen des Sozialhilfeanspruchs sei laut Karin Gruber die unklare Formulierung des Gesetzes. „Selbst die ausgebildeten Juristen der Fachabteilung haben damit Probleme. Wie sollen das Gesetz dann Beamte der Bezirksverwaltungen richtig auslegen können?“, fragt sich die Sozialarbeiterin. Die KPÖ macht sich deshalb im Landtag für eine klarere Formulierung des Gesetzes stark.

DSA Karin GRUBER
KPÖ-Landtagsklub,
Herrengasse 16, 8010 Graz,
Tel: 0316/877 51 01
E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at

RAT UND HILFE



Mieterschutzverband Steiermark

Graz, Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

ERSTE BILANZ

Schule ohne Parteibuch

Als Zünglein an der Waage sitzt Andreas Fabisch im Kollegium des Landesschulrats. Er ortet zu viel Parteipolitik im Schulwesen und wünscht sich Direktoren auf Zeit.

Sieben ÖVP, sieben SPÖ und sein Mandat KPÖ – so lautet die Zusammensetzung des Kollegiums des Landesschulrates, dem der Lehrer Andreas Fabisch für die KPÖ angehört. Das Kollegium ist vor allem für den Dreivorschlag für neu besetzte Direktorenstellen zuständig.

Da ortet Andreas Fabisch zu viel Parteiwirtschaft. „Es gibt ein Assessment vor einer Jury, dann das Hearing für die Schulen und andere klare Kriterien für die Beurteilung. Aber diese Punkte werden gerne

jeweils so gewichtet, dass die gewünschten KandidatInnen an die erste Stelle kommen.“

Die Schulen sind meist in rot und schwarz aufgeteilt. Einen Direktor ohne Parteibuch? „Die sind extrem selten.“, meint der Lehrer, und hofft auf parteilose Kandidaten – die im derzeitigen System schlechte Chancen hätten. Durch die wachsende Schulautonomie ist eher zu befürchten, dass auch Lehrerbestellungen über das Parteibuch abgewickelt werden. Dann wären ganze Schulen eingefärbt; eine de-

mokratisch bedenkliche Entwicklung.

Fabisch denkt an weitere Verbesserungen im Schulsystem. Etwa durch die Besetzung von *Direktorenposten auf Zeit*. Außerdem fordert er einen *Ausbau der schulpsychologischen Betreuung* – ein Sprechtag pro Woche sollte ab der 5. Schulstufe möglich sein – und an *kostenlose regionale Förderstellen* für Kinder mit Schreib- und Leseschwächen. Und die Lehrerwarteliste dürfe nicht so oft umgangen werden: „Die Wartezeit ab Beendigung der Ausbildung ist der einzig objektive und transparente Faktor, der gewertet werden sollte. Es kann nicht sein, dass ältere Lehrer bis zu 15 Jahre auf die



Andreas Fabisch vertritt die KPÖ im Landesschulrat.

erste Fixanstellung warten müssen.“

Fabisch ist im Kollegium das Zünglein an der Waage. Gegen Abgesprochenes hat er da keine Chance – wie bei der Wahl des Schulratspräsidenten. Nur Fabisch war dagegen, weil Wolfgang Erlitz gleichzeitig Bundesrat geworden ist: Erst durch die Doppelfunktion und 11.800 Euro pro Monat konnte man SPÖ-Mann Erlitz den Verzicht seines Landesratspostens schmackhaft machen; der Schulrats-Chef bekommt „nur“ rund 7.900 Euro.

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

Tolle Ferienangebote für Kids

Katalog anfordern

Information und Anmeldung:

im **kinderland** Büro

Ferienhotline: 0316 / 829070
E-mail: office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Ferien mit Kinderland

Umfangreiches Sommerprogramm für abenteuerhungrige Kinder und Familien:

Turnersee „Feriendorf“

mit eigenem Badestrand, Sportanlagen und verantwortungsvoller Betreuung
mehrere Termine ab 8. 7.

Wanderwoche

im Südkärntner Bergland mit erfahrenen, geprüften Wanderführern (21. - 28. 7.)

Reitwochen

auf Islandpferden, qualifizierte ReitlehrerInnen
(mehrere Termine möglich)

Familienwochen

Vollpension, Animationsprogramm, eigener Strand, Ausflüge (verschiedene Termine)
günstige Preise, Zuschüsse möglich!

Unsere Mitarbeiter/innen im Ferienbüro beraten sie gerne: Tel. 0316/ 82 90 70.



Das Feriendorf mit See im Hintergrund.

Das Andere Heimatmuseum hat wieder geöffnet

Auf Schloss Lind bei Neumarkt, einer ehemaligen KZ-Außenstelle von Mauthausen,



bieten Aramis und Britta Sievers den Besuchern besondere Einblicke in Politik und Zeitgeschichte.

„*Waidmannsheil I – über Jäger und ihre Strecken*“ lautet der Titel des Veranstaltungsschwerpunktes, der heuer unter dem Motto „70 Jahre Internationale Jagd Ausstellung Berlin 1937“ steht.

Das Andere Heimatmuseum ist vom 1. Mai bis zum 31. Oktober geöffnet. Öffnungszeiten: 17 – 20 Uhr, außer Montag.

Freitag, den 25. Mai - 20.00 Uhr findet im Rahmen der Dreharbeiten zum Film von Michel Pfeifenberger über Josef Winkler eine Lesung des Autors auf Schloss Lind statt.

BauStelle Schloss Lind

St. Marein/Neumarkt, Tel: 03584 3091
www.schlosslind.at

**FORDERUNGEN DER
 KOMMUNISTISCHEN
 STUDIERENDEN**
**KSV-Forderungen
 für die ÖH Wahl:**

ersatzlose Abschaffung
 der Studiengebühren

die Ausweitung von be-
 stehenden Stipendien-
 programmen

die verpflichtende Index-
 anpassung von Familien-
 und Studienbeihilfe

umfassende Unterstüt-
 zungsleistungen (in den
 Bereichen des öffentli-
 chen Verkehrs, der Woh-
 nungsangebote, etc.)
 durch die öffentlichen
 Hand

die Abschaffung der Zu-
 gangsbegrenzungen!

die Umsetzung des be-
 schlossenen Boykotts der
 Studiengebühren

Die Rücknahme des Uni-
 versitätsgesetzes 2002
 (UG02)



Tausende gingen im Jänner in Graz gegen die Studiengebühren auf die Straße. Nun steht ein Boykott der Gebühren im Raum.

**ÖH-WAHL. 22.-24. Mai
 Sie bewegen
 wirklich etwas**

Die Grazer Spit-
 zenkandidaten des
 KSV (Kommunistischer
 StudentInnenverband)
 bei der ÖH-Wahl vom
 22. bis 24. Mai.

**Hanno
 Wisiak**
 (25) stu-
 diert Ge-
 schichte
 an der
 Karl-Fran-
 zens-Uni
 Graz. Er



ist aus der Schüler- und Schü-
 lerinnenvertretung kommend
 seit Beginn des Studiums in der
 Studienvertretung Geschichte
 und dem KSV-Graz aktiv und
 derzeit Mandatar an der ÖH
 Uni-Graz.

**Sebastian
 Wisiak**
 (22) ist Spit-
 zenkandidat
 des KSV an
 der Grazer
 Medizinuni.
 Er ist seit
 März 2006



Vorsitzender der Studienver-
 tretung Humanmedizin und
 hat zuletzt Seite an Seite mit
 betroffenen Studierenden das
 Ende der Warteliste erkämpft.
 Mitsprache für alle Studieren-
 den ist für ihn mehr als nur ein
 Schlagwort.

Alexei Scerbakov (23) wur-
 de in der Sowjetunion geboren
 und studiert Softwareentwick-
 lung und Wis-
 sens-
 manage-
 ment.
 Er kan-
 didiert
 als über-
 zeugter
 Kommu-
 nist für
 den KSV an der TU Graz – um
 gesellschaftspolitische und
 ökologische Verantwortung
 wieder mehr ins Blickfeld zu
 rücken.


GEGEN LEERE VERSPRECHEN
Studiengebühren? – Boykott!

Studierende machen
 der Enttäuschung
 über Beibehalt der
 Studiengebühren Luft.
 Ein Boykott der Studi-
 engebühren für
 nächstes Winter-
 semester ist geplant.

Philipp Funovits kämpferisch.
 Er war von 2003 bis 2005 Vor-
 sitzender der ÖH der Uni Graz.
 Jetzt ist er bildungspolitisch
 bei der KPÖ Steiermark aktiv.

Ein Boykott der Studien-
 gebühren ist wirksam! Wie es
 geht, zeigte man in Deutsch-
 land vor. So sollen die 363,63
 Euro nicht an die Konten der
 Unis, sondern auf ein eigens
 eingerichtetes Treuhandkonto
 überwiesen werden. Damit
 lässt sich die Zahl der Boykot-
 tierenden feststellen. Denn
 falls ein Mindestprozentsatz
 an Unterstützern nicht zustande
 kommt, wird das Geld frist-
 gerecht an die Unis weitergeleitet.
 Gibt es genug Teilnehmerinnen
 und Teilnehmer, tritt der Boykott
 in Kraft. „Keine Uni kann es
 sich leisten, einen großen Teil
 seiner Studierenden zu exma-
 trikulieren“, so Hanno Wisiak
 vom Kommunistischen Studen-
 tInnenverband.

Den Studierenden ist nicht
 nur die Studiengebühr ein
 Dorn im Auge. Sie wollen
 mit ihrer Kampfmaßnahme
 weitere Punkte einfordern,
 die vor allem von der SPÖ vor
 der Nationalratswahl verspro-
 chen wurden: Das Abschaffen
 von Zugangsbeschränkungen,
 das Entfernen der neoliberalen
 Elemente des Universitäts-
 Gesetzes 2002 für mehr
 Demokratie, das neuerliche
 Einführen der Direktwahl der
 ÖH-Bundesvertretung.

Wisiak prangert das „rat-
 lose Agieren“ des SPÖ-nahen
 VSStÖ und der GRAS an.
 „Wenn unsere Beteuerungen,
 mit allen Mitteln gegen die
 Gebühren zu kämpfen, nicht
 verlogen waren, dann müssen
 wir die zur Verfügung stehen-
 den Mittel nützen“, meint
 Hanno Wisiak.

Von den vollmundigen
 Wahlversprechen der SPÖ
 im Bildungsbereich ist nichts
 mehr übrig außer Wut und
 Enttäuschung über leere Wor-
 te. Nun wollen die Studentin-
 nen und Studenten mobil ma-
 chen: Geplant ist ein Boykott
 der Studiengebühren, auf den
 sich die Hochschülerschaft
 fast geschlossen geeinigt hat.
 Sie will den Kampf gegen die
 Gebühren mit allen zu Gebote
 stehenden Mitteln führen.

„Wir dürfen den Kopf nicht
 weiter in den Sand stecken,
 sondern müssen wirksame
 Maßnahmen ergreifen statt
 lahmer Pseudoproteste“, sagt

Grundsicherung statt Sozialhilfe

Die Tendenz in der Arbeitswelt ist klar erkennbar: Aus normalen Jobs wird Leiharbeit, für mehr Arbeitsleistung wird nicht mehr bezahlt, wer nicht ins System passt, rutscht in die Armut ab. Die Reichen werden immer reicher und wir kämpfen ums Überleben.

Deshalb forderte KPÖ-Sozialsprecherin LABg. Claudia Klimt-Weithaler bei einer Veranstaltung des Landes Steiermark, dass die Sozialhilfe von der Grundsicherung abgelöst wird. Die soll 14 Mal pro Jahr bezahlt werden, sich nach dem Bedarf der Bezieher und Bezieherinnen richten und deutlich über der Sozialhilfe liegen. Außerdem besteht die KPÖ auf einen Mindest-Stundenlohn von zehn Euro und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden, was mehr Arbeitsplätze schaffen würde.



LEIHARBEIT ERSETZT IMMER MEHR BESTEHENDE ARBEITSPLÄTZE

„Wir werden immer mehr

Arbeiten in der Autoindustrie am Beispiel von Magna-Steyr: Peter Scherz ist Arbeiterkammer- rat des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) und Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr Graz.

Als langjähriger Mitarbeiter des Unternehmens erlebte Peter Scherz, Arbeiterbetriebsrat bei Steyr-Magna Graz, die sich ab Mitte der 1990er-Jahre stetig verschärfende Situation für Arbeitnehmer in der Automobilbranche hautnah.

Wie alles begann...

Wurde beim ÖGB-Kongress 1987 noch die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche mehrheitlich beschlossen, änderten sich alles rasch, als man Mitte der 1990er-Jahre in Vorbereitung auf die EU die so genannte Flexibilisierung einleitete. „Mit dem Aufkommen der Flexibilisierung auf

Wunsch der Wirtschaft war die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ein Begräbnis erster Klasse“, erinnert sich Peter Scherz.

„Flexibilisierung aus volkswirtschaftlicher Sicht bedeutet“, erklärt Peter Scherz, „dass derjenige, der arbeitet, immer mehr ausgepresst werden soll, während diejenigen, die arbeitslos sind, erst recht keine Arbeit bekommen!“

Betriebe wollen keinen Betriebsrat

Waren bereits bisher bei Produktionsengpässen 10-Stunden-Schichten über einen

längeren Zeitraum erlaubt, sieht das neue Regierungsübereinkommen dafür bis zu 12 Stunden lange Schichten vor. „Vor allem in Betrieben, wo es keinen Betriebsrat gibt, muss mit einer Verschärfung der Arbeitsbedingungen gerechnet werden“, warnt Peter Scherz. Fordert ein Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung ein, so muss der Arbeitgeber dieser Forderung nachgeben. „Daher will man auch in vielen Betrieben keinen Betriebsrat haben.“

Druck auf Arbeitnehmer wächst

Selbst wenn sich für Magna aufgrund der Betriebsvereinbarungen auch künftig nicht viel ändern wird, so wächst doch der Druck permanent. „Die EU-Erweiterung hat den

Druck auf die Arbeitenden zusätzlich vergrößert. Man muss mehr leisten für weniger Geld, flexibler sein und zugleich zunehmend um den Verlust des Arbeitsplatzes fürchten.“ Teile der Produktion wurden auch bei Magna in Länder verlagert, wo billiger produziert werden kann.

Arbeiter als Katalogware

Perfekt ins Bild der Flexibilisierung passen die Leiharbeiter. Schon jeder siebente Arbeitnehmer bei Magna Steyr ist nur geliehen. Selbst wenn Leiharbeiter zu gleichen Bedingungen beschäftigt werden müssen wie die Stamm-Mitarbeiter und auch voll in den Betrieb integriert sind, gibt Peter Scherz zu bedenken: „Als Betriebsrat kann ich bei



Peter Scherz, Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr, sieht eine generelle Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Autoindustrie. Nur ein starker Betriebsrat konnte bei Magna-Steyr sicherstellen, dass bereits ausgehandelte Betriebsvereinbarungen für die Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer sorgen. Peter Scherz ist auch Arbeiterkammerrat des GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock).

foto: www.bigshot.at

ausgepresst"

auf tretenden Problemen nur für werkseigene Beschäftigte intervenieren. Hinzu kommt, dass gute Kollektivverträge durch den Leiharbeiter-Kollektivvertrag zunehmend unterwandert werden. Die heutigen Leiharbeiter sind die modernen Sklaven unserer Zeit! Bei Leiharbeitern kann der Arbeitgeber die Verleihfirma anrufen und sie einfach abbestellen.“ Wie ein Produkt aus einem Versandhauskatalog.

„Ich appelliere an die Solidarität!“

„Der soziale Sprengstoff, den die Materie birgt“, meint Peter Scherz, „ist der Gewerkschaft noch gar nicht bewusst!“ Denn: Ist ein Leiharbeiter krank, trägt der Unternehmer keinerlei Risiko. Die höchste Kündigungsfrist bei Leihar-

beitern – selbst bei jahrelanger Beschäftigung – beträgt 7 Wochen. Ein Sprecher von Magna Steyr sagte vor einiger Zeit: „Leihkräfte sind unsere Mannövriermasse. Damit schützen wir das Stammpersonal.“

„Der Applaus an dieser Stelle war nicht angebracht“, zeigt sich Peter Scherz enttäuscht, denn: „Auch bei Magna werden bestehende Arbeitskräfte sukzessive gegen Leiharbeiter ausgetauscht. Ich appelliere an den Solidaritätsgedanken unter den Beschäftigten, denn wir sitzen alle in einem Boot und haben die gleichen Interessen, egal, wo wir herkommen“, so sein Aufruf.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at

MEINUNG

Arbeiterkammerrat Peter Scherz zur AK-Vollversammlung in Graz

Von „Kuba-Krise“ bis Sozialpolitik



Drei Anträge des Gewerkschaftlicher Linksblocks (GLB) wurden auf der AK-Vollversammlung vom 26. 4. einstimmig angenommen: Die AK fordert Maßnahmen gegen die Spielsucht, eine Reform der Erbschaftssteuer statt ihrer Abschaffung und – im Zusammenhang mit dem Verkauf der Mehrheitsanteile von Böhler-Uddeholm – die Schaffung einer Steiermark-Holding als Kernaktionärin von strategisch wichtigen Betrieben.

Unser Antrag, den Vorstand der BAWAG-PSK aufzufordern, die Kündigung der Konten von kubanischen Staatsangehörigen umgehend zurückzunehmen, wurde mit den Stimmen der SPÖ-Mehrheit abgelehnt.

Teil meines Antrages im Namen des GLB war auch die Forderung, die grundsätzliche Haltung der steirischen AK zur BAWAG als Hausbank zu überprüfen. Denn die BAWAG hat schließlich durch illegale Geschäfte Volksvermögen verwirtschaftet und damit den ÖGB in die Krise gestürzt. Jetzt steht der ÖGB unter doppeltem

Zugzwang und akzeptiert zahnknirschend diskriminierende Maßnahmen, die seinen eigenen Statuten widersprechen. In seiner Rede hat AK-Präsident Rothschädl lobend erwähnt, wie toll es ist, dass es mit der neuen Regierung in Österreich wieder eine Sozialpolitik gibt. Mit Kritik hat er gespart.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Arbeits- und Sozialpolitik kann ich wahrlich keinen Richtungswechsel erkennen. Im Gegenteil: Man denke nur an das neue Arbeitszeitgesetz, die Themen Studiengebühren und Eurofighter. Noch 2003 traten Kollege Rothschädl und ich Schulter an Schulter an, um gegen die Pensionsreform zu demonstrieren. Und heute? Von einer Rücknahme der Pensionsreform ist keine Rede mehr. Lediglich die Hacklerregelungsabschlüsse wurden bis 2010 ausgesetzt.

Der Wechsel der SPÖ von der Opposition in die Regierung hat die Sozialisten in der Arbeiterkammer gelähmt, meint Ihr

Peter Scherz ist Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr

Für 8-Stunden-Tag?

Ja, haben wir denn nicht den 8-Stunden Tag werden sich viele fragen.

Die SPÖVP-Bundesregierung hat die „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ mit massiven Verschärfungen der Arbeitszeitregelungen beschlossen. Jetzt kann die tägliche Normalarbeitszeit auf 10 Stunden angehoben werden. Für Schichtarbeiter werden „bei arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit“ 12-Stunden-Schichten kommen. Die 60-

Stunden-Woche ist möglich gemacht. Damit wurde die sogenannte Flexibilisierung der Arbeitszeit entscheidend ausgeweitet.

Die Leute sollen da sein, wenn es für den Profit am günstigsten ist. Gleichzeitig ist von einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich keine Rede. Der ÖGB vollzieht brav nach, was die Regierung vorgibt. An einen Kurswechsel für die arbeitenden Menschen glaubt ohnehin niemand mehr.

GEWINNE EXPLODIEREN – SOZIALE UNGLEICHHEIT NIMMT ZU

Kein Frieden mit dieser EU!

Eine auf sozialer Ungleichheit und militärischer Gewalt gründende EU gefährdet letztlich das friedliche Zusammenleben in Europa.

Ein paar Tage nach den EU-Jubelfeiern in Berlin und Wien gab es Hausdurchsuchungen in zahlreichen Büros von EU-Funktionären in Brüssel. Der Verdacht: Korruption und Bestechung in Millionenhöhe. Dieses zeitliche Zusammentreffen zeigt den Widerspruch zwischen den großen Worten und der traurigen Wirklichkeit ganz deutlich: Mit dieser EU gibt es keinen Frieden.

50 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge hat die steirische KPÖ ihr Nein zur EU bekräftigt. Landesvorsitzender Franz Stephan Parteder: „Wir sehen uns mit dieser Haltung im Einklang mit vielen Menschen vor allem aus den sozial benachteiligten Schichten. In der EU explodieren die Gewinne der Konzerne und die Vermögenseinkommen, Armut und soziale Ausgrenzung nehmen rasch zu. Der Euro ist für die Leute zum Teuro geworden.“

Die EU wirkt wie ein Brandbeschleuniger für Sozialabbau und Privatisierungen. Und sie treibt die Vorbereitungen für eine militärische Supermacht Europa voran. Das erfolgt durch den Aufbau der EU-Armee, mit dem Aufbau eines EU-militärisch-industriellen Komplexes und durch die EU-Vorgaben für die Rüstungspolitik. Eine auf sozialer Ungleichheit, ungehemmter Konkurrenz und militärischer Gewalt gründende EU gefährdet letztlich das friedliche Zusammenleben in Europa.“

Unsere Forderungen:

- Wir lehnen die Pläne zur Wiederbelebung der EU-Verfassung ab.
- Die Neutralität Österreichs ist wichtiger als die EU. Deshalb lehnen wir die Teilnahme Österreichs an EU-Kampfeinsätzen ab. Unser Nein zu den Eurofightern ist auch ein Nein zum Kriegskonzept der EU-Rüstungspolitik.

- Die Unterordnung der öffentlichen Budgets unter die Maastricht-Kriterien ist zu beenden.
- EURATOM dient nur der Atomindustrie; wir fordern den Austritt.

- Die Einsparung der steirischen Vertretung in Brüssel wäre ein richtiger und vernünftiger Schritt – und ein Signal an die Öffentlichkeit.

VIER GRÜNDE WARUM DIE EUROFIGHTER UNSEREM LAND SCHADEN

1. Gegengeschäfte und Korruption: Nur eine Stornierung des Kaufs kann den Korruptionssumpf trockenlegen. Während für die Eurofighter schon hunderte Millionen Euro weggezahlt wurden, ist für andere Projekte kein Geld da.

2. Neutralität: Die Beteiligung an einem europäischen Rüstungsprojekt widerspricht dem Neutralitätsgesetz. Dazu kommt die Stationierung fremder Offiziere.

3. Stationierungsfrage: Die Belastung nur einer Region durch Lärm und Umweltverschmutzung entspringt allein dem Bedürfnis, einen „europäischen“ Militärschwerpunkt zu schaffen. (Braucht denn Linz oder Wien keine

Luftraumüberwachung?) Hier droht auch Landeshauptmann Voves umzufallen, der eine Verteilung der regionalen Belastung versprochen hat. (Nicht alle Eurofighter sollen nach Zeltweg kommen).

4. Flugpläne: Es ist höchste Zeit, dass Flugpläne für die Eurofighter Flüge offengelegt werden. Die Draken übten nur dienstags. Es gehört endlich offengelegt, wie die Flugpläne bei den Eurofightern aussehen.



Tiefer geht's nimmer. Bei der Verleihung des Steirischen Gesundheitspreises schälten diverse Funktionäre weitgehend nackte, vergoldete Frauen aus ihren Bademänteln. Organisator dieser sexistischen Veranstaltung, ÖVP-Wirtschaftskammermann Wolfgang Kasic, verteidigte die mit Steuergeld bezahlte Peinlichkeit. **KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler** hat jetzt die Initiative ergriffen und einen 4-Parteien-Antrag an die Landesregierung vorbereitet. Inhalt: Sexistische, rassistische oder andere diskriminierende Auftritte und Veranstaltungen sollen künftig nicht mehr mit öffentlichen Geldern unterstützt werden.



Aktion von Eurofighter Gegnern vor dem Eingang zum Stationierungsort in Zeltweg.



Keine Ersparnis bei Pellets?

TROTZ RIESIGER RESERVEN

Wucherpreise bei den Pellets

Preissteigerungen bei Pellets von bis zu 70 % innerhalb eines Jahres, Förderungen, die nicht ausgezahlt wurden... Die Umrüstung auf eine Pelletsheizung kam viele teuer zu stehen.

Drei Gründe waren es, die viele Steirerinnen und Steirer im vergangenen Jahr dazu veranlasst haben, von Öl- auf Holzpelletsheizungen umzustellen: Die versprochenen günstigen Rohstoffpreise, die nachhaltig positive Auswirkung auf die Energiebilanz und schließlich die zu erwartenden Förderungen durch Land und Gemeinden.

Dem Umrüstungsboom zu Beginn des Vorjahres folgte allerdings die Ernüchterung im vergangenen Herbst, denn: Die Pelletspreise stiegen um bis zu 70 %.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger kritisierte schon damals diese Entwicklung: „Die Betroffenen wurden vorher mit dem Argument geködert, eine Pellets-Heizung würde sie unabhängig vom Ölpreis machen. Doch im Windschatten der Preistreiber bei Treibstoffen haben auch die Pelletsproduzenten, die bereits vom Land großzügig unterstützt werden, die Preisentwicklung auf dem Ölsektor genutzt, um tief in die Taschen der Haushalte greifen zu können.“

Jetzt ist der Winter vorbei und damit auch die Heizperiode. Die Lieferanten, die auf ihren Pelletsbergen sitzengeblieben sind, haben die Preise reduziert. Um 30 % sind die Pelletspreise in diesem Jahr schon zurückgegangen. Einige Pelletieranlagen haben sogar bereits ihre Produktion gedrosselt.

Den Steirerinnen und Steirern nützt dies jetzt freilich wenig. Auch am Beispiel der Pellets-Preisentwicklung hat sich gezeigt, dass sie wieder einmal die Geneppten sind.

Die KPÖ schlug im Vorjahr die Errichtung einer landeseigenen Pelletieranlage vor, damit das Land eine preisregulierende Funktion ausüben kann.

Und die Förderungen? Viele erhofften sich zumindest eine Linderung der „Umstiegsschmerzen“ durch die versprochene Förderung von bis zu 1.400 Euro pro Anlage vom Land. Doch auch die Auszahlung der Förderungen erfolgt nur schleppend. Antragsteller warten teilweise bis zu ein Jahr auf ihr Geld!



Am 1. Mai fand die Eröffnung des neuen KPÖ-Bildungszentrums im Grazer Volkshaus statt. Zu Gast: Der Kabarettist Dietrich Kittner mit einem scharfzüngigen Kabarettprogramm. Und der brachte als persönliches Geschenk eine Karl Marx-Büste mit, die er Ernest Kaltenegger feierlich überreichte.

Der KPÖ Bildungsverein bietet neben dem neuen Veranstaltungsraum eine Bibliothek samt Leseraum. Die Mitarbeiter des Bildungsvereins, Alexander Dinböck und Leo Kühberger, helfen bei Fragen und betreuen Veranstaltungen.

Tel. 0316 / 22 59 32.

Publikationen des KPÖ-Bildungsvereins

- Broschüre: „Die Reichen in der Steiermark“
- Buch: „Öffentliches Eigentum“ (ISBN 978 3 9501986 3 8)
- Audio CD: „Kurt Palm“.

... und vieles mehr!

Erhältlich bei:



www.bildungsverein.kpoe-steiermark.at

Bildungsverein der KPÖ Steiermark. Lagergasse 98A, 8020 Graz
Tel. 0316/22 59 31 - E-Mail: leo.kuehberger@kpoe-steiermark.at

Mürzzuschlag: Bürgermeisterwechsel

DI Karl Rudischer (SPÖ) wird am 15. Mai zum neuen Bürgermeister der Bezirkshauptstadt gewählt. Er folgt dem Bezirksschulinspektor Walter Kranner, der nach zehnjähriger Amtszeit seine Funktion (nicht unerwartet) zurücklegte. In Kranners Ära veränderte Mürzzuschlag zwar nachhaltig sein Aussehen (ob zum Guten oder eher zum Schlechten, sei dahingestellt), die großen Probleme wie fehlende Arbeitsplätze und das damit einhergehende Abwandern der Bevölkerung wurden nicht gestoppt.

Die linke Opposition im Mürzer Gemeinderat (Liste ProMZ mit den Gemeinderäten Rosenblattl, Ledolter und Zink) machte Kranner zum Vorwurf, dass er zu stark auf die Interessen einiger Gewerbetreibender Rücksicht nahm.

Auf den neuen Bürgermeister wartet einiges an Arbeit. Dabei spielt die Arbeitsplatzfrage und der mit dem Bau des Semmeringtunnels zusammenhängende Kampf um die Erhaltung des Bahnhofes als Schnellzugstation eine große Rolle.

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Millionen für die Luxustherme

In der letzten Volksstimme fragten wir, was unsere Leser davon halten, dass Therme-Blumau-Errichter und Betreiber Robert Rogner von Bund und Land 10 Millionen Euro geschenkt bekam. Der Tenor: Das Geld sollte es nur geben, wenn das Land gleichzeitig eine Beteiligung bei der Therme bekommt und Einfluss nehmen kann (so wie es die KPÖ gefordert hat). Hier einige Kommentare:

Die Förderung von Großkapitalisten ist ein Unfug in Österreich.

Johann Pfeifer, Brodersdorf
Ich würde Versteigerung vorziehen, damit dieses Beispiel nicht Schule macht. Dort, wo Zuschüsse gewährt werden, muss ein Steuerberater (der auch dafür haftet) alle drei Monate die Unterlagen kontrollieren! Wo bleibt der Exekutor?

Jan Rössler, Graz
Warum wird vorher nicht die Bevölkerung gefragt zu den 10 Millionen?

Friedrich Skorjanc, Pinggau
Ohne Grundbuch-Absicherung im Gegenwart + Zinsen keine

Stundung bzw. kein Nachlass. Ich bin für die Erhaltung regionaler Arbeitsplätze, aber nicht um jede bedenkliche Zusatzzahlung an reiche Spekulanten.

HK Dornhofer, Kainbach

Eine Erpressung mit „Arbeitsplatzverlust“ ist lächerlich! Ein Nachbetreiber würde ja auch Mitarbeiter brauchen. Warum soll man einen erfolgreichen Geschäftsmann, der mehrere Hotels in Österreich, Deutschland und Ungarn betreibt, so großzügig unterstützen? Außerdem ist der Wunsch, die Therme für Tagesgäste zu schließen, ein Affront! Somit dürfen nur Hotelgäste diese wunderbare Architektur würdigen und Leute, die sich das nicht leisten können, sollen draußen bleiben. Und das, obwohl die Idee der Therme vom einfachen Volk ausging!

Katharina Brodnik, Hartberg

Solche Unternehmer sollen per Gesetzesänderung mit ihrem Privatvermögen haften.

Petra Schimpl, Spielberg

Die Pensionen sind so klein, dass viele drei Monate sparen müssen, um sich Notwendiges leisten zu können. Das Land muss in Geld schwimmen, dass man die Therme Blumau mit Millionen überhäuft. Der Baulöwe lacht sich ins Fäustchen.

Helmut Hechtner, Zeltweg

Die Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben. Keine Geschenke an reiche Leute!! Die Rolle des Landes als Miteigentümer darf sich nur auf die Kontrolle der Geschäftsführung beschränken.

Linda Achleitner,
Bad Radkersburg

Das ist ein Geschenk an einen Millionär, der die „kleinen“ Leute nie mochte, bin daher dagegen.

Erwin Feitl, Kapfenberg

Schöne Bio-Lamm- und Schaffelle zu verkaufen:

Verschiedene Größen und Farben (weiß, beige, braun, schwarz). Geeignet auch für Babys – pflanzlich gegerbt. Ihre Bestellung versenden wir auch gerne. Barbara und Florian, **Tel. 03579/8037**, oder aon.913999714@aon.at

Toskana-Amiata-OLIVENÖL

Die Lizenz zum Genießen!
Olio extra native vergine
Ölsäuregehalt nur ca. 0,23%.
0,5ml Flasche, (11 Euro)
250ml Oliokanister
Montecucco-Bio Vino
Cantina-bianco Vino
Kontakt: toscanaverde
Tel. u. Fax 0049-7321-279610
illenberger@toscanaverde.info

TOSCANA
Ferien am Monte Amiata
Dei Venti/Seggiano
ein unvergleichbarer Ort der Besinnung der Gesinnung in der Natur mit der Natur
Vermietungen: www.amiata.de
Tel./Fax **0039-0564-950852**
mobil **0039-338-1539818**

newsletter
Aus dem Landtag Steiermark
Initiativen, Berichte, Dokumente
Bitte anfordern unter www.kpoe-steiermark.at oder E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at

Vorankündigung Neutralität bleibt!

28./29. September 2007 findet in Graz eine Konferenz zum Thema „Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?“ statt.

Am 26. Oktober 07 gibt es auf der Burg Oberkapfenberg eine Großveranstaltung der KPÖ zum **Neutralitätsfeiertag**.

Red:out jeden **2. Montag des Monats** um 18:00 Uhr in der Traminer Weinstube, Graz, Klosterwiesgasse 2.


Frische Buttons, 24mm.
Tel. 0316 / 71 71 08
www.kpoe-graz.at


Steirische Volksstimme TIERECKE

Hunde suchen ein neues Zuhause:



XANTA

Geb. 26.3.97, Mutter Schäfer, Vater Labrador; eine schon etwas ruhige aber agile Dame, die sehr empfänglich für Streicheleinheiten ist und sehr zugänglich für jede Art von Zuspruch; geht gerne Schwimmen. Begonnene Ausbildung als Therapiehund abgebrochen, da sie durch einen Autounfall schwerst verletzt war.



SUMO

Geb. April 02, Mutter Neufundländer, Vater vermutlich Bernhardiner/Schäfer, sehr schlank, bei Unbekannten anfangs weniger zugänglich als Xanta, freundlich, verschmust und verspielt.

Beide laut Impfplan geimpft, derzeit Graz-Umgebung

Mobil: 0664 / 92 41 767
Tel. (Anrufbeantworter) unter 03133 / 2820

Manchmal sind Menschen aus schwer wiegenden Gründen gezwungen, sich von ihrem Haustier zu trennen. Wir wollen mit unserer Zeitung helfen, dass diese Tiere ein gutes, neues Zuhause finden. Wir veröffentlichen Ihre Anzeige gerne. Schön wäre, wenn Sie uns auch ein Foto schicken könnten: Steirische Volksstimme, c/o Klub der KPÖ im Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz. Tel. 0316 / 877 5107. E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Stelle gesucht

Promovierte **Juristin** mit Englisch-, Italienisch- und Serbokroatisch-Kenntnissen und absolviertem BWL-Lehrgang sucht Stelle (ganztägig oder Teilzeit) in der Steiermark. Tel. (0664) 122 1289 (nach 20 Uhr).

Impressum:
Steirische Volksstimme,
Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Tel. 71 24 79,
Fax 71 62 91
E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at
DVR: 0600008





UNTERSCHRIFTENAKTION:

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

An die Steiermärkische Landesregierung!

An den Steirischen Landtag!

Die Spielsucht wird zu einem immer größeren Problem. Viele Existenzen wurden bereits ruiniert, nicht selten führt die Sucht auch in die Beschaffungskriminalität. Die Betreiber der „Minicasinos“ sprechen mit ihrer Werbung gezielt Jugendliche und Menschen in Notlagen an, die in der Hoffnung auf das große Geld ihr letztes Hemd verspielen. Der Gesetzgeber hat das so genannte „Kleine Glücksspiel“ auf Einsätze von maximal 50 Cent und Gewinne von höchstens 20 Euro beschränkt.

Mit einfachen Tricks wird dieser vermeintliche Schutz aber umgangen, bei vielen der annähernd 5.000 Glücksspielautomaten in der Steiermark kann man in wenigen Augenblicken tausende Euro verspielen.

Wir fordern mit unserer Unterschrift das Land Steiermark auf, folgende Punkte rasch umzusetzen und dort, wo Bundeskompetenzen berührt sind, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine gesetzliche Regelung im Sinne des Forderungskatalogs zu erwirken:

- Klare gesetzliche Auflagen für Glücksspiele sowie strenge Kontrollen hinsichtlich deren Einhaltung.
- Verbot von Werbung für Glücksspiele.
- Massive Besteuerung von Geldspielautomaten und eine Standortabgabe für Wettcafés mit Zweckbindung dieser Steuereinnahmen.
- Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche.
- Verbot von Zahlungen für Glücksspiele im Internet.

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Eine Initiative des KPÖ-Klubs im Steiermärkischen Landtag: KPÖ-Landtagsklub, Landhaus, 8010 Graz, Telefon (0316) 877-5102.

Web: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>, E-Mail: office@kpoe-steiermark.at

Unterstützungserklärungen bitte an obenstehende Adresse senden oder bei der KPÖ abgeben.

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

4.700

In der ganzen Steiermark gibt es unzählige Gelegenheiten, um legal abgezockt zu werden.
4.700 „Einarmige Banditen“ sind eine davon.

Banditen

Die Verlockungen sind groß und an beinahe jeder Ecke wartet so ein „Bandit“ auf Ihr Geld.
Bereits mit kleinen Einsätzen ist man dabei. Zum Süchtigen ist es nicht weit.
Die Beschaffungskriminalität folgt auf dem Fuß.

sind scharf auf

Werbung für Glücksspiele gehört verboten.
Spielsüchtige oder gar Kinder brauchen keine Verlockungen!
Wir wollen eine massive Besteuerung von Glückspielautomaten und eine Zweckbindung dieser Einnahmen
für Vorsorge und zur Betreuung spielsüchtiger Menschen.

Ihre Marie.

Wir wollen keine unglücklichen Familien und keine ruinierten Existenzen.

The logo for the KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs) is displayed in a bold, sans-serif font. The letters 'K', 'P', and 'Ö' are dark blue, while the 'O' is white with a dark blue outline. A small red square is positioned above the top right of the 'O'.

KPÖ-Landtagsklub, Klubobmann Ernest Kaltenecker, (0316) 877-5104
Informationen und Unterschriftenlisten: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>
Bitte unterstützen Sie uns!